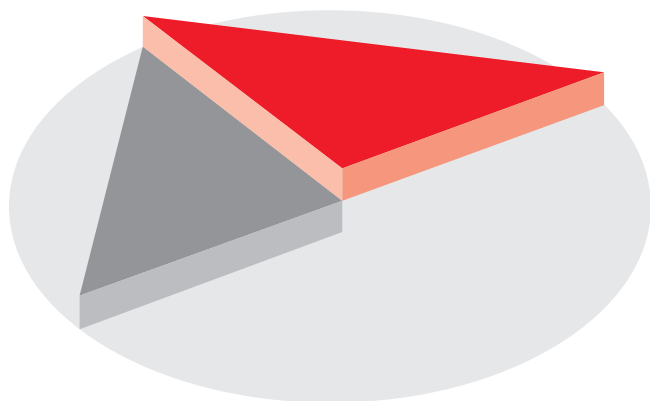


Antisemitismus – Randerscheinung oder gesamtgesellschaftliches Problem?



6. Symposium des Thüringer Landesamtes
für Verfassungsschutz am 29. November 2007

Antisemitismus – Randerscheinung oder gesamtgesellschaftliches Problem?

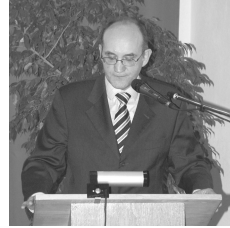
Publikation der Vorträge des 6. Symposiums
des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz
am 29. November 2007

Die Beiträge der Gastreferenten bringen jeweils die Auffassungen
der Verfasser zum Ausdruck.

Inhaltsverzeichnis

Begrüßung durch den Präsidenten des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz (TLfV) Thomas Sippel.....	3
Eröffnung durch den Staatssekretär im Thüringer Innenministerium Rüdiger Hütte.....	8
Prof. Dr. Armin Pfahl-Traugber Gemeinsame Feindbilder, gemeinsame Bündnisse? Antisemitismus und Antizionismus von Islamisten und Rechtsextremisten.....	17
Dr. Stefan Kestler Antideutsche versus Antiimperialisten – Der Antisemitismusstreit innerhalb des deutschen Linksextremismus.....	46
Prof. Dr. Andreas Zick Antisemitismus in der Mitte – Ergebnisse der Studie „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“.....	58

Thomas Sippel



Begrüßung

Sehr geehrter Herr Staatssekretär,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete des Thüringer Landtags, meine sehr geehrter Damen und Herren,

ich freue mich, Sie zu dem inzwischen sechsten Symposium des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz begrüßen zu können.

Die heutige Veranstaltung widmet sich einer, die deutsche Gesellschaft in besonderer Weise berührenden Thematik und will dabei der Frage nachgehen, ob Antisemitismus eine Randerscheinung ist, oder ggf. auch über extremistische Personenzusammenschlüsse hinaus Verbreitung findet.

Antisemitische Einstellungen lassen sich in verschiedene Kategorien fassen. Eine davon ist die des rassistischen Antisemitismus, der seine extremste Ausformung während der nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland erlebte. Noch heute wird von Teilen der rechtsextremen Szene offen ein angeblich genetisch begründeter Minderwert der Juden gegenüber der so genannten „arischen“ oder „nordischen Rasse“ behauptet. Insbesondere in den Liedtexten rechtsextremistischer Skinheadbands finden sich derart volksverhetzende Bezüge vermischt mit der abwegigen Auffassung, das wichtigste Anliegen „der Juden“ sei die Kontrolle der Welt und die Vernichtung

Deutschlands. Exemplarisch sei ein Auszug aus dem Liedtext des Titels „Hängt sie auf“ der Thüringer Skinheadband „SKD“ – die Bezeichnung geht zurück auf die SS-Einheit „Sonderkommando Dirlewanger“ – erwähnt. Dort heißt es

„Weltverschwörer und ihre Parteien wollen das Abendland zerstören, da könnt ihr kreisen wie die Geier, Deutschland wird denen nie gehören. Es ist der Glaube, der uns führt, wir zersprengen unsere Ketten, Ehre dem, dem sie gebührt, wir werden Deutschland wieder retten.“

Offene Mordhetze gegen Juden spricht aus dem Refrain desselben Titels:

„Hängt sie auf die Volksverräter, an Laternen oder Baum. Es erwacht das Reich der Väter bald aus einem bösen Traum. Jagt das Pack ... raus aus jedem deutschen Gau. Ausländerpack und Synagogen raus, raus, raus!“

Medienwirksamkeit erlangte ein von offenem Antisemitismus geprägter Vorfall in Thüringen, als Rechtsextremisten aus dem Raum Gotha am 20. April 2000 einen Brandanschlag auf die Erfurter Synagoge verübten. Das am Tatort hinterlassene Selbstbeichtigungsschreiben beinhaltete das deutliche Bekenntnis: „Dieser Anschlag basiert auf rein antisemitischer Ebene ... Heil Hitler – die Scheitelträger“. Wenig später konnten die Tatbeteiligten, von denen zwei dem inzwischen nicht mehr existenten rechtsextremistischen „Bund Deutscher Patrioten“ angehörten, gestellt werden.

Innerhalb rechtsextremer Parteien werden antisemitische Einstellungen eher selten derart offen sondern weitaus häufiger verklausuliert geäußert. Vor allem jene unter der Bezeichnung des sekundären Antisemitismus zu fassenden Erscheinungsformen, die untrennbar mit dem nationalsozialistischen Völkermord an den europäischen Juden und dem Gedenken daran verknüpft sind, finden dort Anwendung.

Die stetige Erinnerung daran, dass Juden Opfer deutscher Verbrechen geworden sind, werde – so die Unterstellung – von diesen genutzt, um Deutschland finanziell und politisch zu erpressen. Den Juden wird angelastet, sie hielten Deutschland durch stetige Betonung der damaligen Verbrechen und daraus abgeleiteter Entschädigungszahlungen bewusst nieder und verhinderten hierdurch dessen Wiederaufstieg zu einer respektablen Macht. Diese Auffassungen finden die ungeteilte Zustimmung innerhalb der NPD und ihrer Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN). So veröffentlichte der JN-Stützpunkt Erfurt auf seiner Internetseite eine unkommentierte Übersetzung des Briefes, den der iranischen Staatspräsident AHMADINEDJAD in diesem Jahr an Bundeskanzlerin MERKEL richtete. Genaue jene eingangs geschilderten Unterstellungen, die Leugnung des Holocaust, die damit einhergehende Täter-Opfer-Umkehr, die Forderung nach einem Schlussstrich unter die Vergangenheit sowie die Infragestellung des Existenzrechts des Staates Israel finden darin breiten Raum. In einem weiteren auf der Website des Stützpunktes eingestellten Text mit dem Titel „Es zahlen die Falschen“ werden von der Deutschen Regierung gewährte finanzielle Unterstützungsleistungen an den Libanon kritisiert, die dem Wiederaufbau von – so

die Verfasser – der durch Israel zerstörten Infrastruktur dienen sollen. In dem Beitrag heißt es: „Diese Hilfe freilich sollte wenigstens verrechnet werden, wenn der Aggressor Israel das nächste Mal die Hand aufhält und wegen der ‚besonderen historischen Situation‘ Unterstützung von Deutschland erwartet.“

Nicht unerwähnt soll in diesem Zusammenhang auch ein als „Offener Brief an die Stadt Erfurt!“ abgefasstes, via Internet verbreitetes Statement des JN-Stützpunktes Erfurt bleiben, in welchem die Thüringer Landesregierung sowie Verantwortliche der Stadt Erfurt aufgefordert werden, die Aggressionspolitik Israels gegenüber seinen Nachbarn öffentlich zu verurteilen und die Partnerschaft mit der israelischen Stadt Haifa aufzulösen.

Die vom Thüringer Landeskriminalamt jährlich herausgegebene Statistik zu politisch motivierter Kriminalität im Freistaat unterstreicht, dass antisemitische Straftaten hierzulande nahezu ausnahmslos dem Deliktsbereich der politisch motivierten Kriminalität Rechts, genauer der innerhalb dieses Bereiches speziell erfassten Hasskriminalität, zugeordnet werden können.

Lediglich drei der insgesamt 67 Vorfälle im Jahr 2006 bzw. zwei der bislang für das laufende Jahr erfassten 47 antisemitischen Delikte ließen keine eindeutigen Rückschlüsse auf eine rechte, linke oder eine durch nicht-deutsche Herkunft geprägte Einstellung der Handelnden erkennen. Ein einziger Vorfall aus dem Jahr 2007 wurde der politisch motivierten Ausländerkriminalität zugeordnet. Insgesamt bewegen sich Straftaten mit antisemitischem Hintergrund in Thüringen seit Jahren im zweistel-

ligen Bereich zwischen ca. 50 bzw. knapp 70. In konkreten Zahlen ausgedrückt: in 2004 waren 55 von insgesamt 591 erfassten rechten Straftaten antisemitisch motiviert, im Folgejahr 47 von 620. Von den insgesamt 611 erfassten Delikten politisch motivierter Kriminalität Rechts im Jahr 2006 trugen 67, also 11,0 %, eine antisemitische Ausrichtung. Mehr als die Hälfte dieser Fälle – 55,2 % – erfüllte den Tatbestand der Volksverhetzung, gut ein Viertel machten Propagandadelikte aus. Bei leichtem Rückgang der Gesamtzahl der Straftaten von 620 im Jahr 2005 auf 611 in 2006 waren die Fallzahlen antisemitischer Delikte erstmals seit 2002 im Jahresvergleich deutlich von 47 auf 67 gestiegen. Als Ursache hierfür wird angegeben, dass die Tatverdächtigen im Rahmen der Propagierung extremistischer Positionen verstärkt antijüdische, volksverhetzende Bezüge herstellten. Insofern findet die oben beschriebene Vorgehensweise rechtsextremistischer Gruppen und Parteien, sowohl antisemitische als auch antizionistische Elemente mehr oder weniger verpackt in ihre sonstige Propaganda einzubinden und hierüber gegebenenfalls auch einen in der Bevölkerung vorhandenen antisemitischen Bodensatz zu aktivieren, Bestätigung. Dass dies in Anbetracht der angespannten Situation in Nahost immer häufiger über den Umweg einer Israelkritik versucht wird, hat dabei Methode.

Die Wahrnehmungen für Ausdrucksformen des Antisemitismus der Gegenwart zu schärfen ist somit auch eine Maßnahme, der Verfestigung extremistischer Ideologien in der Gesellschaft entgegenzuwirken. Einen Beitrag hierzu soll diese Veranstaltung leisten.

Rüdiger Hütte



Eröffnung

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Sehr geehrter Herr Präsident Sippel,
sehr geehrte Damen und Herren,

auch ich begrüße Sie alle recht herzlich hier im Luthersaal des Augustinerklosters zu Erfurt. Gleich zu Beginn möchte ich dem Landesamt für Verfassungsschutz und stellvertretend für alle, die zum Gelingen dieser Veranstaltung beigetragen haben, Herrn Sippel danken, dass dieses Symposium zustande gekommen ist.

Die Fachsymposien des Landesamtes für Verfassungsschutz haben sich mittlerweile als hochkarätige Veranstaltungsreihe etabliert. Nicht nur die Referenten und Moderatoren des heutigen Nachmittags, sondern auch die große Zahl hochrangiger Vertreter aus Politik, Justiz, Verwaltung, aus dem kirchlichen und religiösen Leben, aus Wirtschaft und Gesellschaft – besonders herzlich begrüße ich auch die Vertreter der Medien – zeigen, dass diese Veranstaltungen tatsächlich als ein „Beitrag zur Aufklärung über den Zustand unserer Gesellschaft“ wahrgenommen werden.

Sie sind ein wichtiger Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit des Landesamtes. Sie geben aber auch Impulse für den öffentlichen Diskurs im Freistaat Thüringen.

Das Landesamt betätigt sich im Übrigen nicht im Aufgabenbereich z. B. der Schulen und der Landeszentrale für politische Bildung, sondern betreibt „vorbeugenden Verfassungsschutz“ im besten Sinne seines gesetzlichen Auftrags.

Das gewählte Thema ist von besonderer Aktualität und Brisanz: „Antisemitismus heute – Randerscheinung oder gesamtgesellschaftliches Problem?“

Das Lexikon definiert Antisemitismus als „Abneigung oder Feindseligkeit gegenüber den Juden“. Diese Begriffsbestimmung wird der Komplexität und der geschichtlichen Wirkungsmacht dieses Phänomens sicher nur unzureichend gerecht.

Antisemitismus äußert sich auf vielfältige Weise als religiöse, wirtschaftliche oder gesellschaftliche Diskriminierung, offen oder versteckt, gegenüber einzelnen Menschen, einer Gemeinde oder sogar einem ganzen Staatswesen. Allen Verboten in Verfassungen, Strafgesetzen und internationalen Übereinkommen zum Trotz ist der Antisemitismus als kollektives Vorurteil leider keineswegs überwunden, weder in Deutschland noch in Europa und anderen Teilen der staatlich verfassten Menschheit. Er begegnet oft nur in subtilerer und unbewussterer Form als früher bis hin zu jenem vermeintlich politisch korrekten Gutmenschentum, wie es insbesondere von Henryk M. Broder in seinen Büchern so schonungslos entlarvt wird.

Bundespräsident Köhler hat anlässlich seines Besuches der Hochschule für jüdische Studien in Heidelberg im

Februar dieses Jahres darauf hingewiesen, dass wir uns nichts vormachen sollten:

„Die Träume von einer stärkeren Unbefangenheit jüdischen Lebens in Deutschland stoßen sich auch heute an einer Wirklichkeit, in der es offenen und latenten Antisemitismus gibt. Sind die Anständigen in unserem Land wachsam genug? Das mag sich manch einer fragen angesichts persönlicher Beleidigungen, Hakenkreuzschmierereien auf jüdischen Friedhöfen und angesichts der traurigen Notwendigkeit, jüdische Einrichtungen und Gotteshäuser durch die Polizei schützen zu müssen.“

Die Referenten des heutigen Nachmittags werden im Einzelnen der Frage nachgehen, wie verbreitet antisemitische Einstellungen in Deutschland noch sind, wie sie artikuliert werden und ob sie vor allem bei Randgruppen oder in extremistischen Lagern existent sind. Von besonderem Interesse erscheint mir die Fragestellung, wieweit im Islamismus, Rechts- und Linksextremismus das Feindbild des Judentums eine zentrale Rolle spielt und wie Antizionismus sich mit Antisemitismus verbindet.

Die unzweifelhaft vorhandene zwischenstaatliche, außen- und sicherheitspolitische Komponente des Antisemitismus wird nach wie vor von einer breiten Öffentlichkeit viel zu wenig wahrgenommen. Sie hat aber Auswirkungen nicht nur auf das Judentum insbesondere in Israel, sondern auf unser aller Sicherheit. Nicht zuletzt das Streben des Iran nach der Atomwaffe macht das erschreckend deutlich. Da ich heute für das Thüringer In-

nenministerium hier bin, will ich zur Lage im Freistaat einige wenige Bemerkungen machen.

Die Landesregierung unternimmt – nicht zuletzt auf Grund der Erfahrungen mit zwei Diktaturen in diesem Teil Deutschlands – alles in ihren Kräften stehende, um Antisemitismus, Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit, Extremismus und Gewalt frühzeitig und nachhaltig zu begegnen. Sie setzt dabei sowohl auf die präventiven und repressiven Mittel des Staates wie auf die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen.

Bereits im vergangenen Jahr hat die Landesregierung gegenüber dem Landtag über „Handlungsempfehlungen und Beiträge staatlicher Einrichtungen zur Auseinandersetzung mit und Zurückdrängung von Gewalt und politischem Extremismus“ berichtet und eine Vielzahl von Handlungsansätzen aufgezeigt. Die in den Geschäftsbereich des Innenministeriums fallenden Projekte sind ganz überwiegend Bestandteil der örtlichen polizeilichen Arbeit.

Erst kürzlich hat das Innenministerium zusammen mit Vertretern aus den Bereichen Feuerwehr, Sport, Zivil- und Katastrophenschutz sowie allgemeine Hilfe eine „Gemeinsame Position gegen Rechtsextremismus“ erarbeitet. Ziel ist es, vor allem jungen Menschen ganz konkrete Gelegenheiten zu bieten, ihre Freizeit sinnvoll zu gestalten und sie so gegen die Verlockungen rechtsextremer Organisationen zu immunisieren.

Nicht versäumen möchte ich, an dieser Stelle auch auf die gute und wichtige Arbeit der 2001 eingerichteten

Landesstelle Gewaltprävention hinzuweisen. Einer ihrer Arbeitsschwerpunkte wird auch künftig die Prävention gegen Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sein.

Hervorhebung verdient die im vergangenen Jahr in Trägerschaft der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland durchgeführte Bildungsinitiative „Gegen Antisemitismus und Rechtsextremismus – für ein tolerantes und demokratisches Thüringen“. Im Rahmen dieser Initiative wurden nicht nur von jüdischen Studierenden konzipierte Studien- und Projekttag an Thüringer Bildungs- und Verwaltungseinrichtungen durchgeführt. Es wurden auch Fortbildungsangebote für Mitglieder von Präventionsräten bereitgestellt, an Thüringer Schulen über antidemokratische Entwicklungen und Tendenzen diskutiert sowie eine bundesweite Fachtagung unter dem Thema „Antisemitismus – der alltägliche Skandal?“ durchgeführt. Für die Jahre 2007 bis 2010 wird durch die Landesstelle Gewaltprävention und die Zentrale Wohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland das Projekt „Perspektivwechsel – Bildungsinitiativen gegen Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit“ durchgeführt. Startschuss war vorgestern in Weimar.

Ministerpräsident Althaus hat aus diesem Anlass darauf hingewiesen, dass der Antisemitismus, insbesondere von Rechts, nicht bagatellisiert und unterschätzt werden darf. Thüringen wird seinen Kampf gegen Rechts weiter verstärken. Insbesondere die NPD verfolgt inzwischen eine Camouflage- und Biedermanntaktik, die von der Unterwanderung von Vereinsstrukturen über das Aufgreifen aktueller Bürgersorgen bis zu flächendeckender kommunalpolitischer Betätigung reicht.

Wie Sie wissen, wird derzeit das Verbot der NPD wieder politisch diskutiert. Die Landesregierung ist der Auffassung, dass ein erneuter Verbotsantrag in Karlsruhe nur gestellt werden sollte – dann aber auch gestellt werden muss – wenn er Aussicht auf Erfolg hat. Hier sind die rechtlichen und tatsächlichen Verhältnisse seit der Einstellung des Verfahrens am 18. März 2003 aber leider unverändert. Ein zweites Scheitern vor dem Bundesverfassungsgericht können wir uns politisch nicht leisten. Das würde die NPD in einen Triumph ummünzen, mit mehr Aufmerksamkeit und Zulauf als je zuvor. Die NPD ist und bleibt für Demokraten keine wählbare Alternative. Wir werden dies auch weiterhin mit allen Mitteln deutlich machen und sie im Übrigen unter enger Beobachtung durch die Sicherheitsbehörden halten. Aber nachhaltig bekämpft werden kann die NPD letztlich nicht durch Verbote, sondern nur durch die gelebte freiheitliche und wehrhafte Demokratie. Deren Voraussetzung ist eine funktionierende Gesellschaft mündiger Staatsbürger.

Ich möchte mich an dieser Stelle für das enorme bürgerschaftliche Engagement vieler Mitbürger in Thüringen gegen Extremismus und Intoleranz ausdrücklich bedanken. Es hat sich in den friedlichen Demonstrationen gegen das von der NPD organisierte „Fest der Völker“ in Jena vor wenigen Wochen erneut eindrucksvoll gezeigt. Dieses Engagement ist die wichtigste Säule im Kampf gegen Antisemitismus und politischen Extremismus. Sicherheitsbehörden und Justiz allein können derartige Tendenzen nicht zum Verschwinden bringen. Alle staatlichen Bemühungen können nur dann fruchten, wenn auf allen Ebenen der Gesellschaft – beginnend in der Familie und im ganz persönlichen Umfeld – die verfassungsrecht-

lichen Grundwerte akzeptiert, gelebt und verteidigt werden.

Der aktuelle Thüringen-Monitor, der jährlich die politischen Grundüberzeugungen und Stimmungen in Thüringen wissenschaftlich aufbereitet und analysiert, zeigt die Erfolge dieser gemeinsamen Anstrengung.

Mit etwa 15 % liegt der Anteil jener, die mit rechtem Gedankengut sympathisieren, um 8 % niedriger als in den vergangenen Jahren. Auch der harte Kern der Rechtsextremisten ist mit 6 % deutlich geschrumpft ebenso die festgestellten antisemitischen Einstellungen. Besonders wichtig erscheint mir, dass inzwischen auch 49 % der Thüringer mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden sind.

Ich hoffe, dass sich diese Tendenz in den nächsten Jahren verfestigt. Sie sollte ein Ansporn sein für alle, die in Staat und Gesellschaft Verantwortung tragen oder sich in Projekten vor Ort, vor allem in der Jugendarbeit, engagieren. Da guter Wille allein nicht ausreicht, sondern effektive Maßnahmen z. B. im Bildungsbereich Geld kosten, verstärkt die Landesregierung die finanzielle Förderung und hat für den nächsten Doppelhaushalt die Mittel der Landesstelle Gewaltprävention für Projektförderungen u. Ä. von 100.000 auf 500.000 Euro verfünffacht. Sensibilität und Bewusstseinsbildung im Umgang mit antisemitischen und fremdenfeindlichen Gedanken und Taten sind entscheidend. Dies gilt besonders für die polizeiliche Arbeit. Einen guten Beitrag im Polizeibereich leistet z. B. die Extremismuskonzeption aus dem Jahr 2000, in der eine Vielzahl präventiver und repressiver Maßnahmen

enthalten sind, um Aktivitäten von extremistischen oder gewaltbereiten Personen oder Gruppen zu erkennen und ihnen effektiv zu begegnen. Die Konzeption wird zurzeit aktualisiert.

Jeder einzelne Beamte muss wissen, dass die Leistungen der Polizei öffentlich zu einem wesentlichen Teil daran gemessen werden, ob sie sich in der Lage zeigt, mit antisemitisch und fremdenfeindlich motivierter Kriminalität konsequent umzugehen.

Dem Antisemitismus entschlossen die Stirn zu bieten heißt auch, die Erinnerung wach zu halten und es heißt, sich zu freuen über das Wiederaufleben der jüdischen Gemeinschaften in Deutschland. Ein schönes Beispiel hierfür ist die am 31. August gefeierte Wiedereröffnung von Deutschlands größter Synagoge im Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg. Daraus erwächst der an die gesamte Gesellschaft gerichtete Auftrag, Menschenfeindlichkeit und Hass keinen Raum zu bieten.

Der Bundespräsident, auf den ich am Ende gern noch einmal zurückkomme, hat sich vehement für mehr Ehrlichkeit im Umgang mit dem Antisemitismus ausgesprochen. Und dazu den Antisemitismusforscher Wolfgang Benz zitiert, der gesagt hat: „Aufgeregter Alarmismus, der unentwegt vermutet, die Situation sei so ernst wie nie zuvor und der überall Judenfeindschaft argwöhnt, steht dem Verständnis des Phänomens ebenso im Wege wie die selbstzufriedene Gewissheit, Antisemitismus sei den Deutschen fremd, und das, was Juden ängstige, entspringe deren Einbildungskraft oder Überempfindlichkeit.“

In dem Versuch, hier eine ehrliche Zustandsbeschreibung abzugeben, liegt der besondere Wert des heutigen Symposiums. Es konfrontiert bewusst mit Erscheinungen innerhalb unserer Gesellschaft, die nach Überzeugung des ganz überwiegenden Teils der Bevölkerung in einem demokratischen System keine Mehrheiten finden dürfen.

Der Appell, aus der Zustandsbeschreibung die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, geht an jeden Einzelnen ganz persönlich.

In diesem Sinne wünsche ich dem Symposium einen guten Verlauf und Ihnen interessante und anregende Diskussionen.

Prof. Dr. Armin Pfahl Traugber



Gemeinsame Feindbilder, gemeinsame Bündnisse? Antisemitismus und Antizionismus von Islamisten und Rechtsextremisten

1. Einleitung und Fragestellung

Das islamistische Regime im Iran organisierte eine Tagung mit rechtsextremistischen Holocaust-Leugnern als Referenten. Die NPD-Jugendorganisation ruft zum gemeinsamen Kampf gegen den „Zionismus“ auf. Die Hamas stützt sich in ihrer Charta auf die antisemitische Fälschung der Schrift „Die Protokolle der Weisen von Zion“. Neonazis demonstrieren mit dem Palästinensertuch gegen Israel. Ein iranischer Staatsverlag verbreitete Henry Fords antisemitisches Werk „Der internationale Jude“. NPD-Führungsfunktionäre nahmen an einer Tagung der „Hizbut Tahrir“ teil. Im Anschluss gab ein Sprecher dieser islamistischen Organisation dem Parteiorgan „Deutsche Stimme“ ein langes Interview. Ein niederländischer Neonazi demonstrierte mit einem T-Shirt mit dem Konterfei von Osama bin Laden. Das Publikationsorgan der verbotenen Organisation „Kalifatsstaat“ sah in den Juden eine verderbliche Macht. Rechtsextremistische Publizisten suggerieren mit der Rede von der „Ostküste“ die Existenz einer „jüdischen Verschwörung“. Al-Qaida wen-

det sich in Erklärungen gegen eine angebliche antiislami-
sche Allianz der „Juden und Kreuzzügler“.

Die vorstehenden Schlaglichter veranschaulichen hinsichtlich der erwähnten Aussagen und präsentierten Feindbilder überraschende Gemeinsamkeiten zwischen Islamisten und Rechtsextremisten. Beide Bestandteile des politischen Extremismus weisen grundsätzliche Differenzen auf, welche in dem einen Fall in einer bestimmten Interpretation des Islam und dem anderen Fall in der Überbewertung ethnischer Zugehörigkeit als Grundlage des ideologischen Selbstverständnisses bestehen. Die damit verbundenen Gesichtspunkte Fremdenfeindlichkeit und Islamfixierung schienen Gemeinsamkeiten und Kooperationen grundsätzlich auszuschließen. Berücksichtigt man aber die oben erwähnten Beispiele, so stellt sich die Frage: Droht eine gemeinsame extremistische Front auf Basis des Antisemitismus und Antizionismus? Diese zentrale Problemstellung soll hier über zwei Unterfragen beantwortet werden: Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede bestehen auf ideologischer Ebene beim Antisemitismus in beiden Lagern? Und: Welche Kooperationen lassen sich mit welchen Interessen in Vergangenheit und Gegenwart ausmachen?

Um darauf eine differenzierte Antwort geben zu können, bedarf es eines entwickelten Analyseprogramms: Zunächst sollen die beiden zentralen Arbeitsbegriffe „Antisemitismus“ und „Antizionismus“ definiert werden, besteht doch kein allgemeiner Konsens über das damit Gemeinte (2.). Danach geht es um die Verbreitung der Ideologievarianten des Antisemitismus im Islamismus und Rechtsextremismus bezogen auf die religiösen und ras-

sistischen (3.), sozialen und politischen (4.) sowie die sekundären und antizionistischen Formen (5.). Hierbei wird jeweils eine kurze Erläuterung zum Gemeintem vorgenommen und anschließend die Verbreitung in den beiden Extremismusbereichen eingeschätzt. Erst danach widmet sich die vorliegende Analyse nach einer Zwischenbilanz (6.) den realen Kontakten zwischen Islamisten und Rechtsextremisten in der Vergangenheit (7.) und Gegenwart (8) sowie der jeweiligen Interessenlage für eine solche Kooperation (8.). Nach einer darauf bezogenen weiteren Zwischenbilanz (9.) sollen die Ergebnisse der Untersuchung perspektivisch bewertet und problemorientiert zusammengefasst (10.) werden.

2. Definition von Antisemitismus und Antizionismus

Zunächst also zu einer Definition der beiden Begriffe „Antisemitismus“ und „Antizionismus“ und eine Erörterung ihres Verhältnisses zueinander. Der erstgenannte Terminus soll hier verstanden werden als eine Sammelbezeichnung für alle Einstellungen und Verhaltensweisen, die den als Juden geltenden Einzelpersonen oder Gruppen aufgrund dieser Zugehörigkeit negative Eigenschaften unterstellen, um damit eine Abwertung, Benachteiligung, Verfolgung oder Vernichtung ideologisch zu rechtfertigen.¹ Vereinfachter könnte man auch sagen: Antisemitismus ist Feindschaft gegen Juden, weil sie Juden sind.² Ursprünglich bezog sich der Begriff „Semi-

¹ Vgl. Armin Pfahl-Traugber, Antisemitismus in der deutschen Geschichte, Berlin 2002, S. 9.

² Vgl. Brian Klug, The collective Jew: Israel and the new antisemitism, in: Christina von Braun/Eva-Maria Ziege (Hrsg.), „Das ‘be-

ten“ auf eine Sprachfamilie, womit er das Gemeinte eigentlich nicht richtig trifft. Denn die mit dieser Einstellung gemeinten Objekte einer Ablehnung sind eben nicht die etwa ebenfalls zu den Semiten gehörenden Araber, sondern allein und ausschließlich die Juden. Insofern kann – entgegen eines mitunter bewusst formulierten Missverständnisses – sehr wohl auch ein „semitischer“ Araber ein Antisemit im Sinne der Feindschaft gegen Juden als Juden sein.

Im Unterschied zu dem Begriff „Antisemitismus“ lässt sich der Terminus „Antizionismus“ besser über das darin enthaltene Abgelehnte definieren. Allgemein versteht man unter „Zionismus“ eine im 19. Jahrhundert aufgekommene Bewegung im Judentum, die sich die Bildung eines eigenen Judenstaates zum Ziel gesetzt hatte. Nachdem 1948 der Staat Israel gegründet und demnach das eigentliche Ziel erreicht wurde, macht die Bezeichnung „Zionismus“ nur noch als Ausdruck für die Legitimation seines Bestehens Sinn. „Antizionismus“ bedeutet demnach die Ablehnung des Existenzrechtes von Israel, also die Negierung des Anspruchs von Juden auf nationale Selbstbestimmung im Nahen Osten.³ Bewusst oder unbewusst läuft diese Position auf die Aufhebung einer gesicherten Zufluchtsstätte für die Juden und eine damit verbundene Verfolgung hinaus. Als abgeschwächtere Variante des Antizionismus kann die pauschale „Verdammung“ Israels als negative Kraft gelten, welche nicht

wegliche Vorurteil““. Aspekte des internationalen Antisemitismus, Würzburg 2004, S. 221-239, hier S. 224.

³ Vgl. Martin W. Kloke, Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses, 2. Auflage, Frankfurt/M. 1994, S. 19.

notwendigerweise mit der ohnehin unrealistisch erscheinenden Forderung nach Aufhebung der staatlichen Existenz verbunden sein muss.⁴

Wie steht es nun aber um das Verhältnis beider Auffassungen und Ideologien zueinander: Eine inhaltliche Gleichsetzung von Antisemitismus und Antizionismus lässt sich für den Zeitraum vor 1948 nicht vornehmen, stand doch zum einen die Mehrheit der integrierten Juden Europas der Gründung eines eigenen Staates ablehnend gegenüber und strebten zum anderen gerade die Antisemiten zu großen Teilen die Vertreibung der Juden nach Palästina an. Für die Gegenwart muss das Verhältnis allerdings anders bewertet werden: Die Auflösung und Zerstörung des Staates Israel als antizionistischer Akt hätte objektiv antisemitische Folgen durch die Diskriminierung und Vertreibung der dortigen Juden. Wie es demnach einen nicht-antisemitischen Antizionismus geben könnte, ist nur schwer vorstellbar. Allerdings lässt sich auch für die Gegenwart keine Gleichsetzung vornehmen.⁵ Ein Teil des orthodoxen Judentums lehnt etwa das Existenzrecht des Staates Israel ab, geht man doch davon aus, dass ein Judenstaat von Gott und nicht von Menschen zu gründen sei. Hier kann man demnach nicht von einer antisemitischen Motivation sprechen.

⁴ Vgl. Armin Pfahl-Traughber, „Antiamerikanismus“, „Anitwestler-tum“ und „Antizionismus“. Definition und Konturen dreier Feindbilder im politischen Extremismus, in: Aufklärung und Kritik 11 (2004), Nr. 1, S. 37-50, hier S. 43-45.

⁵ Diese Auffassung vertritt indessen: Lothar Mertens, Antizionismus: Feindschaft gegen Israel als neue Form des Antisemitismus, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Antisemitismus in Deutschland. Zur Aktualität eines Vorurteils, München 1995, S. 89-100, hier S. 89.

3. Verbreitung von Varianten I: Religiöser und rassistischer Antisemitismus

Nun zur Verbreitung der verschiedenen Ideologievarianten des Antisemitismus⁶, wobei mit der religiösen und rassistischen Form begonnen werden soll: Bei Erstgenanntem bildet die Religion der Juden in Inhalten und Ritualen den inhaltlichen Bezugspunkt. Der religiöse Antisemitismus entwickelt sich aus der Absolutsetzung der eigenen Auffassung von Religion, die wiederum mit der pauschalisierenden Ablehnung und Diffamierung von allen anderen Glaubensformen verbunden ist. Hinzu kommt die besonders negative Hervorhebung von Bestandteilen jüdischer Religion, um eine solche Diskriminierung von einer allgemeinen gegenüber allen anderen Religionsformen zu unterscheiden. Demgegenüber stellt der rassistische Antisemitismus darauf ab, dass die Juden biologisch bedingt minderwertig und demnach von Natur aus als negativ zu bewerten seien. Sie können dieser Einschätzung weder durch Änderungen ihres politischen oder sozialen Verhaltens noch durch die Abkehr vom jüdischen Glauben entgehen. Häufig verknüpfen sich in dieser Variante biologistische und sozialdarwinistische Ideologieelemente im Sinne eines „Rassenkampfes“ „Arier“ vs. „Jude“.

Derartige Auffassungen findet man unter Islamisten nicht, lassen sich bei ihnen doch keine biologistischen

⁶ Vgl. Armin Pfahl-Traugher, Ideologische Erscheinungsformen des Antisemitismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 31 vom 30. Juli 2007, S. 4-11. Hier findet man auch eine genauere Erläuterung zu den im Folgenden angesprochenen ideologischen Erscheinungsformen des Antisemitismus mit weiterführenden Literaturhinweisen.

Argumentationsmuster im Sinne des europäischen Rassismus ausmachen. Überhaupt spielen Aspekte ethnischer Zugehörigkeit im ideologischen Selbstverständnis keine Rolle. Allenfalls besteht eine nicht inhaltliche, sondern nur strukturelle Gemeinsamkeit mit dem rassistischen Antisemitismus in Gestalt der rigorosen Verdammung der Juden. Anders verhält es sich mit der Akzeptanz des religiösen Antisemitismus, der in einer Bestrebung mit konstitutiven politischen Bezügen auf den Islam von Bedeutung sein muss. Islamistische Organisationen berufen sich in ihren Erklärungen auch auf die theologischen Grundlagenwerke ihrer Religion, wobei sowohl in Form von Anspielungen wie Zitaten auf den Konflikt Mohammeds mit den jüdischen Stämmen in der Frühgeschichte des Islam angespielt wird. In deren Folge entstanden eine Reihe von diffamierenden und feindlichen Kommentaren im Koran.⁷ Der islamistische Diskurs, der Juden etwa als „Affen und Schweine“ bezeichnet, beruft sich direkt auf solche Aussagen.⁸

Für den Rechtsextremismus spielt weder der christlich noch islamisch geprägte religiöse Antisemitismus eine größere Rolle: Traditionelle Vorwürfe des „Gottesmordes“ oder der „Hostienschändung“ lassen sich in die-

⁷ Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Der Ideologiebildungsprozess beim Judenhass der Islamisten. Zum ideengeschichtlichen Hintergrund einer Form des „Neuen Antisemitismus“, in: Martin H. W. Möllers/Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.), Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2004/2005, Frankfurt/M. 2005, S. 189-208, hier S. 196f.

⁸ Vgl. Aluma Solnick, Based on Koranic Verses, Interpretations, and Traditions, Muslim Cleric State. The Jews Are the Descendants of Apes, Pigs, and Other Animals, in: Memri, Special Report, Nr. 11 vom 1. November 2002 (Internet: <http://www.memri.org.de>, Ausdruck vom 21. Mai 2004).

sem überwiegend neo-heidnisch oder säkular ausgerichteten politischen Lager kaum ausmachen. Allenfalls findet man diese Form der Judenfeindschaft bei der Ablehnung des Christentums, das als „artfremde“ jüdische Religion diffamiert wird.⁹ Auch der rassistische Antisemitismus lässt sich nur in bestimmten Teilen der Neonazi- und Skinhead-Szene in aller Deutlichkeit ausmachen. Insbesondere Liedtexte beschwören das Selbstverständnis als „Arier“ und die Ablehnung der „Juden“ – mitunter in Verbindung mit offenen Gewaltphantasien und Vernichtungsforderungen.¹⁰ Gleichwohl spielt diese Form des Antisemitismus für die Außendarstellung eine immer geringere Rolle, hat man sich doch offensichtlich auf andere Varianten des Antisemitismus konzentriert.¹¹ Dies gilt vor allem für die Teile des Rechtsextremismus, die stärker in die Mehrheitsgesellschaft hinein wirken wollen und sich mit solchen Aussagen eher zurückhalten.

⁹ Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Wie atheistisch sind Rechtsextremisten? Die ideologischen Grundlagen für die Ablehnung des Christentums, in: Humanismus aktuell, i. E.

¹⁰ Vgl. Rainer Erb, „Er ist kein Mensch, er ist ein Jud“. Antisemitismus im Rechtsrock, in: Dieter Baacke/Klaus Farin/Jürgen Lauffer (Hrsg.), Rock von rechts II. Milieus, Hintergründe und Materialien, Bielefeld 1999, S. 142-159.

¹¹ Vgl. Ursula Gademayer, Die Rolle des Antisemitismus in der rechten Szene . Ein Interview mit Matthias Adrian, Aussteiger aus der rechtsextremen Szene, in: Bundeszentrale für politische Bildung, Rechtsextremismus (Internet: <http://www.bpb.de>, Ausdruck vom 20. Juli 2007).

4. Verbreitung von Varianten II: Sozialer und politischer Antisemitismus

Als weitere Form des Antisemitismus kann die soziale Variante gelten: Hier wird ein besonderer eingebildeter oder tatsächlicher sozialer Status von Juden in der Gesellschaft als Motiv des Antisemitismus genannt. Durch Einschränkungen in der Berufswahl wurden Angehörige dieser Minderheit in der christlich wie islamisch geprägten Welt in den Bereich des Geldverleihs und Handels gedrängt, woraus die Vorwürfe der Ausbeutung und Dominanz in Gestalt des „Schacherns“ und „Wucherns“ entstanden. Später nahmen derartige Ressentiments die Form von Schlagworten wie „jüdisches Finanzkapital“ oder „raffendes Kapital“ an. Eng verknüpft mit dem Verweis auf die soziale und wirtschaftliche Bedeutung ist der politische Antisemitismus. Danach gelten Juden als homogenes Kollektiv, das durch seine soziale Macht auch im politischen Bereich dominiert. Das Ziel sei dabei die Erlangung der Herrschaft im jeweiligen Land oder in der ganzen Welt, was durch konspiratives Vorgehen in Gestalt einer Verschwörung zusammen mit anderen Kräften wie Freimaurern, Liberalen oder Sozialisten erreicht werden sollte.

Beide Varianten des Antisemitismus finden im islamistischen Diskurs große Verbreitung. Hierfür steht exemplarisch die Auffassung des zeitweiligen türkischen Ministerpräsidenten Necmettin Erbakan, einem bedeutenden parteipolitischen Vertreter dieses politischen Lagers, im Zusammenhang mit seinen wirtschaftspolitischen Grundauffassungen: Danach sei der Zionismus eine Ideologie, die ihr Zentrum in den Banken der Wall Street habe. Die

Zionisten kontrollierten den Imperialismus und beuteten mittels der kapitalistischen Zinswirtschaft die gesamte Menschheit aus.¹² Solche Aussage propagieren die Behauptung von einer jüdischen Beherrschung der US-amerikanischen Banken und damit auch der kapitalistischen Weltwirtschaft. Für den politischen Bereich finden sich solche Annahmen in Gestalt von antisemitischen Verschwörungsideologien beispielsweise in der Charta der palästinensischen Hamas. Dort macht man das angeblich konspirative Wirken der Juden für Kriege, Revolutionen und Wirtschaftskrisen verantwortlich und beruft sich sogar auf die antisemitische Fälschung der „Protokolle der Weisen von Zion“.¹³

Diese Schrift entstammt dem Propagandaarsenal des Rechtsextremismus der Zwischenkriegszeit. Deren heutige Vertreter halten sich mehrheitlich mit direkten Berufen auf solch deutliche antisemitische Argumentationsmuster zurück und wollen ihre Auffassungen aus taktischen Gründen mehr durch Anspielungen vermitteln. Dies veranschaulicht vor allem der rechtsextremistische Diskurs zu sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen, wobei die Agitation gegen Globalisierung und Neoliberalismus mit antisemitischen Inhalten verbunden wird. Hierzu gehört etwa die Rede der NPD von der „Ostküste“, einem Synonym für die jüdischen Bankiers in den USA, welche als Verantwortliche für die universelle Verbreitung der kapitalistischen Wirtschaftsweise gel-

¹² Vgl. Necmettin Erbakan, Gerechte Wirtschaftsordnung (deutschsprachige Ausgabe), Ankara 1991, S. 4.

¹³ Vgl. Charta der Islamischen Widerstandsbewegung Hamas, in: Helga Baumgarten, Hamas. Der politische Islam in Palästina, München 2006, S. 207-226, hier S. 222-224.

ten.¹⁴ Direkte Bezüge auf die „Protokolle der Weisen von Zion“ finden sich nur noch selten, vermittelt man doch die Inhalte antisemitischer Verschwörungsideologie stärker durch Anspielungen. Exemplarisch dafür steht die in der „National-Zeitung“ auszumachende Rede von einer hinter den Kulissen wirkenden allmächtigen „Israel-Lobby“.¹⁵

5. Verbreitung von Varianten III: Sekundärer und antizionistischer Antisemitismus

Und schließlich zu zwei neueren Varianten des Antisemitismus, die sich konstitutiv auf Ereignisse im 20. Jahrhundert beziehen: Im sekundären Antisemitismus unterstellt man der öffentlichen Auseinandersetzung über die Massenvernichtung der Juden während des Zweiten Weltkriegs, diese diene nur der Diffamierung der nationalen Identität der Deutschen, der Gewährung fortgesetzter Wiedergutmachungszahlungen an Israel und der Legitimation von deren Politik im Nahen Osten. Als besonderer Bestandteil dieser Variante, die auch Schuldabwehr-

¹⁴ Vgl. NPD-Parteivorstand (Hrsg.), Argumente für Kandidaten & Funktionsträger. Eine Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung, Berlin 2006, S. 19.

¹⁵ Exemplarisch dafür stehen folgende Schlagzeilen: „Steckt Israel hinter Amerikas Kriegen? – Erst Irak, dann Syrien, dann Iran ...“, „Israels Lobby in Deutschland – Ihre Macht – Ihr Einfluss – Ihre Hauptpersonen“ oder „So mächtig ist die Israel-Lobby – Kann sie jeden Politiker vernichten?“, in: National-Zeitung, Nr. 18 vom 25. April 2003, S. 11; Nr. 20 vom 9. Mai 2003, S. 1 und 3; Nr. 21 vom 18. Mai 2003, S. 1 und 4.

Antisemitismus¹⁶ genannt wird, kann die Holocaust-Leugnung gelten, unterstellt man doch, die Massenvernichtung sei eine reine Erfindung von Juden. Die antizionistische Variante des Antisemitismus zeigt sich in der rigiden Ablehnung der Innen- und Außenpolitik des Staates Israel, wobei nicht jede Kritik an ihr auf Antisemitismus hinausläuft. Es geht um die besondere pauschalisierende Diffamierung und ideologische Verzerrung des jüdischen Staates, die sich traditioneller antisemitischer Stereotype¹⁷ bedient und sie in der Kommentierung aktueller politischer Geschehnisse zur Anwendung bringt.

Diese letztgenannte Form der Judenfeindschaft dürfte die von Islamisten mit Abstand am stärksten verbreitete Variante sein.¹⁸ Hierbei interpretiert man den realen Interessenkonflikt zwischen dem Staat Israel und der palästinensischen Bevölkerung und den arabischen Staaten im Lichte antisemitischer Stereotype, wie sie oben bereits bei den anderen Varianten Erwähnung fanden.¹⁹ Dabei

¹⁶ Vgl. Werner Bergmann, „Nicht immer als Tätervolk dastehen“. Zum Phänomen des Schuldabwehr-Antisemitismus in Deutschland, in: Dirk Ansgar (Hrsg.), Antisemitismus in Europa und in der arabischen Welt. Ursachen und Wechselbeziehungen eines komplexen Phänomens, Paderborn – Frankfurt/M. 2006, S. 81-106.

¹⁷ Insofern kann auch nicht von einem inhaltlich „neuen“ Antisemitismus gesprochen werden, vgl. Doron Rabinovici/Ulrich Speck/Natan Sznajder (Hrsg.), Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte, Frankfurt/M. 2004.

¹⁸ Vgl. Michael Kiefer, Antisemitismus in den islamischen Gesellschaften. Der Palästina-Konflikt und der Transfer eines Feindbildes, Düsseldorf 2002, S. 106-121.

¹⁹ Vgl. Jochen Müller, Auf den Spuren von Nasser. Nationalismus und Antisemitismus im radikalen Islamismus, in: Wolfgang Benz/Juliane Wetzels (Hrsg.), Antisemitismus und radikaler Islamismus, Essen 2007, S. 85-10.

verschwindet auch jede Unterscheidung von Juden, Israelis und Zionisten. Demgegenüber spielt die sekundäre Variante des Antisemitismus eine weitaus geringere Rolle, lässt sich aber ebenfalls mit einer besonderen Zielsetzung ausmachen. Aufgrund einer ganz anderen Interessenlage beabsichtigen Islamisten nicht, die moralische Schuld am Holocaust in Abrede zu stellen. Ihr Bezug auf dieses Thema erklärt sich ebenfalls durch die antizionistische Ausrichtung. In der Erinnerung an die Judenvernichtung während des Zweiten Weltkriegs wird eine moralische Legitimation für das Bestehen des Staates Israel gesehen, welche durch die Holocaust-Leugnung oder zumindest -Relativierung in Abrede gestellt werden soll.²⁰

Bei den Rechtsextremisten verhält es sich mit der Gewichtung von antizionistischem und sekundärem Antisemitismus genau umgekehrt. In der Schuldabwehr kann das hauptsächliche Merkmal seiner gegenwärtigen Agitation gesehen werden, sieht man in der Erinnerung an die Massenvernichtung der Juden im Nationalsozialismus doch eine moralische Belastung der Werte des eigenen politischen Selbstverständnisses.²¹ Dabei bedient man sich immer wieder traditioneller Stereotype des Antisemitismus, etwa wenn die soziale Form beim Verweis auf die Wiedergutmachungszahlungen oder die politische Variante bei der Behauptung einer systematischen Ge-

²⁰ Vgl. Omar Kamil, Antisemitismus, Kolonialismus und Holocaust-Leugnung bei arabischen Intellektuellen. Erkenntnistheoretische Deutung einer defizitären Wahrnehmung, in: Ansorge (Anm. 16), S. 217-237.

²¹ Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2006, Berlin 2007, S. 122f.

schichtungsverfälschung bemüht werden. Im Lichte des Schuld-abwehr-Antisemitismus kann auch die antizionistische Agitation im Rechtsextremismus gesehen werden, geht es ihr doch nicht um ein Engagement für die Interessen von Arabern und Palästinensern.²² Vielmehr soll durch ein dämonisiertes Zerrbild von der imperialen Machtpolitik Israels der Staat der Juden im Sinne einer Täter-Opfer-Umkehr über die historische Entwicklung hinweg als moralisch böse dargestellt werden.

6. Zwischenbilanz I: Die Verbreitung von Antisemitismus-Varianten in beiden Lagern

Was lässt sich nun bilanzierend über die Verbreitung der verschiedenen Antisemitismus-Varianten im Islamismus und Rechtsextremismus sagen? Zunächst bedarf es vorab noch einer methodischen Bemerkung: Die vorstehende Unterscheidung verschiedener Varianten von Antisemitismus versteht sich als idealtypisch, in der Realität nutzen die Propagandisten derartiger Auffassungen verschiedene Formen in einem besonderen Mischverhältnis. Die vorgenommene Differenzierung erlaubt es aber, die inhaltlichen Agitationsschwerpunkte genau herauszuarbeiten. Dabei zeigt sich, dass bei der rassistischen und religiösen Variante zwischen Islamisten und Rechtsextremisten kein Konsens besteht: Während die erste Form im islamistischen Lager überhaupt keine Rolle spielt,

²² Vgl. Henrik Berger, Antisemitismus im Rechtsextremismus – zwischen subtiler Anspielung und offenem Hass, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Neuer Antisemitismus? Judenfeindschaft im politischen Extremismus und im öffentlichen Diskurs, Berlin 2006, 54-74, hier S. 58-64.

lassen sich in Teilbereichen des Rechtsextremismus noch Bezüge auf diese besondere nationalsozialistische Variante der Judenfeindschaft ausmachen. Dafür spielt ebendort der religiöse Antisemitismus kaum noch eine Rolle, während der Islamismus häufig auf judenfeindliche Aspekte aus der Frühgeschichte des Islam in Gestalt von Ereignissen oder Koran-Zitaten anspielt.

Weitaus größere Übereinstimmung findet man bei der politischen und sozialen Variante des Antisemitismus, wobei die propagierten Behauptungen häufig deckungsgleich bis identisch sind. Die Islamisten nutzen sogar Propagandamaterialien, die ursprünglich aus dem Agitationsarsenal des europäischen Rechtsextremismus stammten. Die Verwendung der bereits seit langer Zeit als Fälschung entlarvten „Protokolle der Weisen von Zion“ im islamistischen Diskurs steht exemplarisch dafür.²³ Bei der Agitation zu wirtschaftspolitischen Fragen lässt sich sogar eine gemeinsame Grundposition ausmachen, welche in der Ablehnung der „Zinswirtschaft“ besteht. Während diese Auffassung bei den Islamisten aus den Geboten der eigenen Religion abgeleitet wird, hat sie aus ideengeschichtlicher Betrachtung im Rechtsextremismus schon von Beginn an antisemitische Wurzeln. Hinter beiden Auffassungen steht gleichwohl eine gemeinsame Ablehnung der Differenzierung und Komplexität der modernen Gesellschaft, wenngleich aus unterschiedlichen ideologischen Wurzeln der Islamisten und Rechtsextremisten.

²³ Vgl. Wolfgang Benz, Die Protokolle der Weisen von Zion. Die Legende von der jüdischen Weltverschwörung, München 2007, S. 96-104.

Und schließlich existieren auch Gemeinsamkeiten bei antizionistischem und sekundärem Antisemitismus, welche sich aber primär auf die Akzeptanz der Inhalte, weniger auf den Grad der Nutzung in der Propaganda beziehen. Für Islamisten ist die antizionistische Form von herausgehobener Bedeutung, während die sekundäre Variante nur im Kontext mit dieser von Interesse ist. Bei den Rechtsextremisten verhält es sich genau umgekehrt. Ihre Agitation gegen Israel soll letztendlich der Relativierung der moralischen Schuld am Holocaust dienen. Gleichwohl bilden die damit verbundenen Aussagen inhaltliche Parallelen, die über die Frontstellung gegen die identischen Feinde die Basis für eine Kooperation von Islamisten und Rechtsextremisten bilden könnten. Bestärkt wird dieser Eindruck noch durch die Übereinstimmungen bezüglich der politischen und sozialen Variante des Antisemitismus. Bei all dem handelt es sich allerdings nur um Gemeinsamkeiten in bestimmten Teilbereichen der ideologischen Ebene. Nun sollen die Formen der realen Kooperation von Islamisten und Rechtsextremisten einer problemorientierten Betrachtung unterzogen werden.

7. Kooperation von Islamisten und Rechtsextremisten in der Vergangenheit

Der mit Abstand bedeutendste historische Fall für eine solche Zusammenarbeit besteht in dem Wirken des Mufti von Jerusalem zwischen 1937 und 1945. Bei der damit angesprochenen Person handelt es sich um Amin el-Husseini (1895-1974), der in den 1920er und 1930er Jahren als höchste politische und religiöse Autorität der Palästinenser galt und in dem zuvor erwähnten Zeitraum

aktiv mit den Nationalsozialisten kollaborierte.²⁴ Dabei ging in allen Phasen dieses Zusammenwirkens das Engagement von el-Husseini aus. Schon kurze Zeit nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten nahm er offiziell Kontakt auf, wobei die Etablierung des neuen Systems im Namen der Muslime begrüßt und die Notwendigkeit der Bekämpfung jüdischen Einflusses betont wurde. Das Interesse an einer Kooperation nicht nur islamistischer, sondern auch nationalistischer Kreise der arabischen Welt jener Zeit erklärt sich neben gemeinsamen antidemokratischen und antiindividualistischen Einstellungen durch die identischen Feinde. Man sah sie in den Briten als Kolonialmacht bzw. Konkurrenzmacht und den Juden als Einwanderer bzw. Gegenbild.

Die Nationalsozialisten begegneten den Annäherungsversuchen von arabischer Seite zunächst zurückhaltend.²⁵ Ihnen stand zum einen die rassistische Gesinnung mit ihrer Ablehnung der ebenfalls als minderwertig geltenden Angehörigen dieser ethnischen Gruppe, zum anderen die noch zeitweiligen diplomatischen Rücksichtnahmen auf das Verhältnis zu Großbritannien entgegen. Nachdem sich die Spannungen mit dieser anderen europäischen Großmacht verschärften, wuchs auch im Hitler-Regime ab 1937 die Bereitschaft zur Kooperation mit der arabischen Seite. Nach dem Scheitern des von ihm mit initiierten arabischen Aufstandes gegen die Briten näherte sich el-Husseini immer mehr den Nationalsozialisten an. Zwischen 1941 und 1945 lebte er gar hauptsächlich in Berlin

²⁴ Vgl. Philip Mattar, *The Mufti of Jerusalem. Al-Hajj Amin al-Husayni and the Palestinian National Movement*, New York 1988.

²⁵ Vgl. Stefan Wild, *National Socialism in the Arab Near East between 1933 and 1939*, in: *Die Welt des Islam* 25 (1985), S. 126-173.

und kam in persönlichen Kontakt mit zahlreichen führenden Nationalsozialisten (Hitler, Himmler, Ribbentrop). In öffentlichen Erklärungen rief der Mufti die Muslime zur Unterstützung der Nationalsozialisten auf und warb unter ihnen Freiwillige für eine eigene SS-Division an. Darüber hinaus forderte er in öffentlichen Stellungnahmen ohne Verklammerung die Tötung aller Juden ein.²⁶ So sehr sich die Sympathien des Mufti für den Nationalsozialismus durch die Konfliktsituation in Palästina erklären, so lässt sich bei ihm aber auch die Verarbeitung dieser politischen Spannungsverhältnisse im Sinne des Antisemitismus ausmachen. Gleiches gilt für die „Muslimbruderschaft“, die 1928 gegründet wurde und für den politischen Islamismus eine bedeutsame Rolle spielte.²⁷ Bei von ihr 1938 angeregten gewalttätigen Protesten rief man Parolen wie „Nieder mit den Juden“ oder „Juden raus aus Ägypten und Palästina“. Auf einer im gleichen Jahr von den „Muslimbrüdern“ mitinitiierten „Islamischen Parlamentarierkonferenz für Palästina“ fanden arabische Übersetzungen von „Mein Kampf“ und den „Protokollen der Weisen von Zion“ Verbreitung.²⁸ Zu einer direkten Kooperation mit den Nationalsozialisten kam es indessen nicht. Bis zum Ende des 20. Jahrhunderts ließ sich darüber hinaus auch keine weitere Zusammenarbeit von Islamisten und Rechtsextremisten ausmachen. Die Kontakte der gewaltgeneigten „Wehrsportgruppe Hoffmann“ in

²⁶ Vgl. Klaus Gensicke, *Der Mufti von Jerusalem und die Nationalsozialisten. Eine politische Biographie Amin el-Husseinis*, Darmstadt 2007, S. 91-148.

²⁷ Vgl. Brynjar Lia, *The Society of the Muslim Brothers in Egypt. The Rise of an Islamic Mass Movement 1928-1942*, Reading 1998.

²⁸ Vgl. Gudrun Krämer, *The Jews in Modern Egypt, 1915-1952*, London 1989, S. 146f.

den 1970er Jahren bestanden zu säkularen Palästinenserorganisationen.

8. Kooperation von Islamisten und Rechtsextremisten in der Gegenwart

In letzter Zeit konnten indessen eine Reihe von Kooperationen von Islamisten und Rechtsextremisten ausgemacht werden. Der sicherlich weltweit bekannteste Fall stellte die „Holocaust-Konferenz“ in Teheran im Dezember 2006 dar: Im zeitlichen Vorfeld dieser Veranstaltung hatte der iranische Staatspräsident Ahmadinedschad nicht nur öffentlich die Auflösung des Staates Israel gefordert, sondern die historische Tatsache des Holocausts in Zweifel gezogen. Derartige Stellungnahmen lösten im deutschen Rechtsextremismus große Zustimmung aus, erschienen doch Publikationsorgane dieses politischen Lagers mit Schlagzeilen wie „Danke, Herr Präsident“²⁹. Im Anschluss daran organisierte eine staatliche iranische Institution die erwähnte Veranstaltung unter dem Motto „Neubetrachtung des Holocaust: Globale Vision“. Eingeladen wurden dazu zahlreiche Holocaust-Leugner des internationalen Revisionismus, die als Gäste teilnahmen oder Vorträge hielten. Erstmals erhielten damit wichtige Protagonisten einer rechtsextremistisch motivierten Geschichtsverfälschung die offizielle Anerkennung durch einen Staat.³⁰

²⁹ Vgl. Danke, Herr Präsident!, in: Nation & Europa, Nr. 78 vom Juli/August 2006, S. 1(Titelseite).

³⁰ Vgl. Boris Kalnoky, Iran versammelt die Holocaust-Leugner, in: Die Welt vom 12. Dezember 2006, S. 6.

Bereits zuvor gab es einen Interview- und Meinungsaustausch zwischen dem NPD-Parteiorgan „Deutsche Stimme“ und dem Internetportal „Muslim Markt“: Der stellvertretende Chefredakteur der rechtsextremistischen Publikation Andreas Molau hatte im März mit dem „Muslim Markt“ gesprochen³¹, ein Interview mit dessen Betreiber Yavuz Özoguz erschien im Mai 2006 in der „Deutschen Stimme“³². Dabei bekundete man zwar gegenseitig Anerkennung und Respekt, ließ aber auch grundlegende Differenzen bezüglich der Ablehnung der rassistischen Fremdenfeindlichkeit bzw. der Duldung von Ausländern erkennen. Bereits zuvor hatte es einen direkten Kontakt zwischen führenden NPD-Funktionären und einer islamistischen Organisation gegeben: Im Oktober 2002 nahmen der Parteivorsitzende Udo Voigt und das damals prominente Parteimitglied Horst Mahler an einer Veranstaltung der „Hizb ut Tahrir“ in der TU Berlin teil.³³ Im Februar 2003 erschien im NPD-Parteiorgan ein langes Interview mit Shaker Assem, dem Sprecher der islamistischen Organisation in Deutschland.³⁴

Ansonsten beschränken sich Kontakte auf das Wirken von Einzelpersonen und Verlinkungen im Internet. Für ersteres steht exemplarisch Ahmed Huber, ein als Albert

³¹ Muslim-Markt interviewt Andreas Molau, Stellvertretender Chefredakteur der „Deutschen Stimme“ 9.3.2006, in: www.muslim-markt.de (Ausdruck vom 20. März 2007).

³² Vgl. Andreas Molau, Einheit oder Vielfalt (Interview mit Yavuz Özoguz), in: Deutsche Stimme, Nr. 5 vom 2006, S. 3 und 16.

³³ Vgl. Ohne Autor, Einig in der Kritik des amerikanischen Imperialismus, in: Deutsche Stimme, Nr. 12 vom Dezember 2002, S. 5.

³⁴ Vgl. Holger Apfel, Palästina von den Zionisten befreien (Interview mit Shaker Assem), in: Deutsche Stimme, Nr. 2 vom Februar 2003, S. 3 und 14f.

Friedrich Armand Huber geborener Rechtsextremist aus der Schweiz, der bereits in den 1960er Jahren zum Islam konvertierte und früher häufiger als Referent bei deutschen rechtsextremistischen Organisationen auftrat. Seine Aktivitäten gingen allerdings in den letzten Jahren – wohl auch aufgrund seines hohen Alters, er ist Jahrgang 1927 – stark zurück.³⁵ Für die Verlinkungen im Internet zwischen islamistischen und rechtsextremistischen Gruppen stehen eine Reihe von Eintragungen, die inhaltlich im Sinne des Antisemitismus und der Holocaust-Leugnung ausgerichtet sind. Hierbei offenbaren sich insbesondere die gemeinsamen Feindbilder in Gestalt der Juden und des Staates Israel.³⁶ Darüber hinaus findet man in der rechtsextremistischen Publizistik ab und an Sympathieerklärungen für Islamisten, wobei insbesondere deren Kampf gegen Israel und die USA, aber auch die gelegentliche Holocaust-Leugnung in diesem Lager den inhaltlichen Bezugspunkt bildet.

³⁵ Vgl. Thomas Grumke, „Solidarität ist eine Waffe“. Die rechts-extreme Internationale: Ideologie, Vernetzung und Kooperation, in: Thomas Grumke/Bernd Wagner (Hrsg.), Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft, Opladen 2002, S. 43-59, hier S. 55.

³⁶ Vgl. Juliane Wetzel, Antisemitismus und Holocaustleugnung als Denkmuster radikaler islamistischer Gruppierungen, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme, Berlin 2004, S. 253-272.

9. Die Interessenlage bei Islamisten und Rechtsextremisten für eine Kooperation

Um die Möglichkeit eines gemeinsamen extremistischen Blockes über ein identisches antisemitisches Feindbild differenziert einschätzen zu können, bedarf es einer besonderen Beachtung der jeweiligen Interessenlage von Islamisten und Rechtsextremisten bei einer Kooperation. Hierbei soll zunächst noch einmal der Blick zurück auf die Kollaboration des Mufti von Jerusalem mit den Nationalsozialisten geworfen werden: Sein Interesse bestand darin, im Falle eines deutschen Sieges im Zweiten Weltkrieg für die arabische und palästinensische Seite Zusage in Richtung Souveränität und Unabhängigkeit zu erhalten. Es kam sogar zu Gesprächen mit mehreren hochrangigen Nationalsozialisten, wozu auch eine persönliche Begegnung mit Hitler im November 1941 zählte. El-Husseini erhielt dabei aber keine Zusicherungen hinsichtlich seiner Vorstellungen für die Zukunft.³⁷ Deutlich zeigt sich bereits an diesem Beispiel, dass die Gemeinsamkeiten lediglich im negativen Sinne in Form des Hasses auf die Briten und Juden und durch die taktisch bedingten Bemühungen einer Instrumentalisierung im jeweils eigenen Interesse bestanden. Formal ähnliche Motive dürften zur Einladung von rechtsextremistischen Revisionisten zur „Holocaust-Konferenz“ nach Teheran 2006 geführt haben: Der islamistischen Führung im Iran ging es zentral darum, das Existenzrecht des Staates Israel in Zweifel zu ziehen. In der Erinnerung an den Holocaust sah man mit gewisser Berechtigung eine historische und moralische Legitimation für das Bestehen des jüdi-

³⁷ Vgl. Fritz Grobba, *Männer und Mächte im Orient. 25 Jahre diplomatischer Tätigkeit im Orient*, Göttingen 1967, S. 256.

schen Staates. Dem gegenüber geht es den rechtsextremistischen Revisionisten hauptsächlich um die Aufwertung oder Relativierung des nationalsozialistischen Regimes, das durch die Massenmorde an den Juden mit seinen Institutionen wie Werten fundamental diskreditiert ist. Auch wenn beide Seiten dabei eine antisemitische Einstellung aufweisen, unterscheidet sich doch die Interessenlage. Dies führte auf Seiten der iranischen Veranstalter auch dazu, dass man einige ultra-orthodoxe Rabbiner einlud, welche das Existenzrecht des Staates Israel aus ihrer besonderen Interpretation des jüdischen Glaubens ablehnten.³⁸ Sie sollten diese Grundposition des iranischen Regimes unterstützen und ein anti-antisemitisches Alibi bilden.

Aufschluss über die Interessenlage von Islamisten und Rechtsextremisten an einer Kooperation gibt auch der Interview-Austausch zwischen „Deutscher Stimme“ und „Muslim-Markt“. Hier betonte man zwar Gemeinsamkeiten, wozu etwa die Ablehnung der „Amerikanisierung“ des Alltagslebens oder der Lockerheit von Bekleidungsformen gehörten. Gegen Ende des Gesprächs mit Molau hob Özoguz aber hervor, die Inhalte von dessen Positionen würden in extremem Maß seinen Widerspruch finden. Hierbei bezog sich der Verantwortliche des „Muslim-Marktes“ auf die Hervorhebung eines biologischen Verständnisses von Staatsbürgerschaft, welches ethnisch Nicht-Deutschen die Möglichkeit einer solchen abspricht. Es handelte sich bei dem Interviewaustausch somit um eine gescheiterte Kooperation, die gleichzeitig Ausmaß und Grenzen einer möglichen Zusammenarbeit von Isla-

³⁸ Vgl. Rudolph Chimelli, Revisionisten unter sich, in: Süddeutsche Zeitung vom 12. Dezember 2006, S. 7.

misten und Rechtsextremisten aufzeigt. Sie könnte sich auf die Gemeinsamkeiten bei der Ablehnung bestehender politischer Gegebenheiten beziehen, dürfte aber durch die Unterschiede im jeweiligen ideologischen Selbstverständnis begrenzt bleiben.

10. Zwischenbilanz II: Einschätzung der historischen und gegenwärtigen Kooperationen

Betrachtet man bilanzierend die historischen und gegenwärtigen Kooperationen von Angehörigen dieser beiden Lager des politischen Extremismus, so muss diese Einschätzung der Perspektiven einer kontinuierlichen und längerfristigen Zusammenarbeit noch verstärkt werden. Den geschilderten Begegnungen und Gesprächen folgten eben keine Vereinbarungen zu einer Fortsetzung und Intensivierung der Kooperation. Selbst in den Fällen, wo dies angekündigt wurde, ergaben sich daraus keine Konsequenzen. Dafür steht etwa die Teheraner „Holocaust-Konferenz“, welche eben gerade nicht zu einer Aufwertung, Einbettung und Institutionalisierung des rechtsextremistischen Revisionismus führte.³⁹ Auch der Begegnung hochrangiger NPD-Vertreter mit Angehörigen der „Hizb-ut Tahrir“ folgte lediglich ein späteres Interview mit ihrem Sprecher in der „Deutschen Stimme“, es leitete aber nicht einen Prozess der Annäherung und Kooperation ein. Die einzige Ausnahme besteht im historischen

³⁹ Bislang kam es noch zu keinen bedeutenden Aktivitäten der „Internationalen Stiftung zur Untersuchung des Holocaust“, die nach der Konferenz unter Leitung von Mohammed Ali Ramin und Beteiligung zahlreicher rechtsextremistischer Revisionisten gegründet wurde.

Fall des Mufti von Jerusalem, ließ er sich doch ohne politische Gegenleistung von den Nationalsozialisten als Propagandist nutzen.

Darüber hinaus wäre nach den Interessen an einer Kooperation dieser beiden Lager des politischen Extremismus zu fragen. In dem erwähnten historischen Fall erhoffte sich el-Husseini politische Zusagen für die arabische Welt im Falle eines deutschen Sieges im Zweiten Weltkrieg. Welches besondere Interesse sollte heute bei einer Kooperation von Islamisten und Rechtsextremisten bestehen? Es dürfte sich weitgehend auf die Nutzung von antiamerikanischen, antisemitischen und antizionistischen Propagandamaterialien der jeweiligen anderen extremistischen Bestrebung beschränken.⁴⁰ Für Islamisten wären Rechtsextremisten als Kooperationspartner kaum von Bedeutung, können ihnen diese doch kaum etwas für ihre politischen Aktivitäten Relevantes anbieten. Ganz im Gegenteil würde eine solche Zusammenarbeit eher zu einer moralischen und politischen Diskreditierung der Islamisten auch in ihrem eigenen Umfeld führen. Rechtsextremisten könnten sich durch eine Kooperation in einem internationalen Kampf gegen Israel und die USA wähen. Gleichwohl führte auch eine solche mentale Einbettung nicht zu mehr politischer Relevanz.

Insofern kann auch nicht verwundern, dass die Frage einer möglichen Kooperation mit Rechtsextremisten im

⁴⁰ Vgl. Michael Whine, Eine unheilige Allianz. Internationale Verbindungen zwischen Rechtsextremismus und Islamismus, in: Thomas Greven/Thomas Grumke (Hrsg.), Globalisierter Rechtsextremismus? Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung, Wiesbaden 2006, S. 181-199.

islamistischen Lager kein breiteres Interesse findet. Es besteht noch nicht einmal ansatzweise eine Diskussion zu diesem Thema, lässt sich doch der Nutzen und Sinn einer solchen Zusammenarbeit nicht erkennen. Etwas anders steht es in dieser Hinsicht im rechtsextremistischen Lager: Einer wohl überwiegenden Mehrheit, die in den Islamisten wie in allen Muslimen eine Gefahr sieht, steht eine Minderheit mit bündnispolitischen Interessen aus dem Umfeld der NPD gegenüber. Die Grundlage dafür sieht man in einer gemeinsamen Frontstellung gegen einen „weltumspannenden US-Imperialismus“. Hier seien im Freiheitskampf „unterdrückter Völker“, so die Argumentation, strategische Bündnisse mit islamischen Nationen gegen den gemeinsamen Feind sinnvoll. Gleichwohl gelte: „Islam und Nationalismus sind nicht miteinander vereinbar“.⁴¹ Demnach bezieht sich die Bereitschaft zu einer Kooperation selbst in diesem bündniswilligen Lager allenfalls auf außenpolitische Themen, nicht aber darüber hinaus auf das Zusammenwirken im Land selbst.

11. Schlussfolgerung und Zusammenfassung

Noch weitaus entschiedener sprechen gegen eine mögliche Zusammenarbeit von Vertretern beider Lager des politischen Extremismus die bestehenden ideologischen Differenzen: Während die eine Seite auf eine bestimmte politische Interpretation des Islam bezogen ist, beruft sich die andere Seite auf die besondere Wertschätzung ethnischer Zugehörigkeit. Insofern besteht hinsichtlich

⁴¹ Safet Babic, Islam und Nationalismus, in: Deutsche Stimme, Nr. 8 vom August 2007, S. 22.

der Ablehnung des Ethnozentrismus durch Islamisten und des Islam durch Rechtsextremisten nicht nur ein grundlegend anderer Ausgangspunkt im ideologischen Selbstverständnis dem anderen Extremismusbereich gegenüber. Noch gravierender wirkt sich die damit verbundene Ablehnung der Angehörigen der jeweiligen anderen Bestrebung aus: Die Islamisten können ebenso wenig nicht-muslimische Auffassungen dulden wie die Rechtsextremisten ethnisch nicht-deutsche Personen. Da sich die damit verbundenen Differenzen nicht auf marginale Teilbereiche des jeweiligen ideologischen Selbstverständnisses, sondern auf deren eigentliche Grundlagen beziehen, dürfte auch kaum eine Überwindung der damit verbundenen Unterschiede vorstellbar sein.

So stark die Differenzen bei den ideologischen Grundmerkmalen (Primärmerkmale) sind, so bestehen doch Gemeinsamkeiten bei den ideologischen Feindbildern (Sekundärmerkmale).⁴² Dies veranschaulichte der Blick auf die antisemitische und antizionistische Agitation von Islamisten und Rechtsextremisten, die sich trotz ideologischer Unterschiede nicht selten mit identischen Aussagen präsentiert. Sie bestehen nicht nur in den modernen Varianten der Judenfeindschaft in Gestalt des antizionistischen und sekundären Antisemitismus, wobei der Staat Israel als böseartig und imperial hingestellt und der Holocaust relativiert oder verleugnet wird. Darüber hinaus

⁴² Vgl. zu diesen Kriterien zur Erfassung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden extremistischer Ideologien folgenden Vergleich: Armin Pfahl-Traughber, Ideologien des islamistischen, linken und rechten Extremismus in Deutschland – Eine vergleichende Betrachtung, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Gefährdungen der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich, Göttingen 2006, S. 205-221.

finden sich im Diskurs der beiden extremistischen Lager nahezu identische Varianten des politischen und sozialen Antisemitismus, die auch gegenwärtig Weltpolitik und Weltwirtschaft unter dem konspirativen Einfluss der Juden sehen. Ergänzen lassen sich diese Auffassungen von Islamisten und Rechtsextremisten durch andere identische Feindbilder wie Individualismus und Menschenrechte im ideologischen, die USA und der Westen im politischen Bereich.

Trotz dieser Gemeinsamkeiten in der antisemitischen Grundeinstellung und bei anderen Themen dürfte es längerfristig nicht zu einer verstärkten Kooperation zwischen Islamisten und Rechtsextremisten kommen. Dem stehen zum einen die erwähnten ideologischen Unterschiede entgegen, gibt es doch auch für die Rechtsextremisten nur eine Basis im gemeinsamen Feindbild Israel und USA unter Beibehaltung einer grundsätzlich ausländerfeindlichen Grundposition. Gerade letzteres schließt eine längerfristige Kooperation mit den Islamisten aus. Zum anderen wird die von Teilen der Rechtsextremisten in Richtung einer Kooperation ausgestreckte Hand von den Islamisten nicht ergriffen. Sie bedienen sich mitunter in deren antisemitischem Agitationsarsenal und laden möglicherweise auch Holocaust-Leugner zu Konferenzen ein. Basis für die Bildung eines gemeinsamen politischen Blockes müsste allerdings mehr sein. Je höher ideologisiert die Anhänger der beiden extremistischen Weltbilder sind, desto stärker dürfte trotz der gemeinsamen Feindbilder letztendlich die gegenseitige Ablehnung sein.

Über den Autor:

Armin Pfahl-Traubher, Jahrgang 1963, Studium der Politikwissenschaft in Duisburg und Marburg, 1994–2004 wissenschaftlicher Mitarbeiter und Referatsleiter in der Abteilung Rechtsextremismus des Bundesamts für Verfassungsschutz, danach als Professor an der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung (Brühl) und Lehrbeauftragter für Politikwissenschaften an der Universität Bonn tätig, zahlreiche Veröffentlichungen zu den Themen Antisemitismus, Extremismus, Ideengeschichte und Totalitarismus.

Dr. Stefan Kestler



Antideutsche versus Antiimperialisten – Der Antisemitismusstreit innerhalb des deutschen Linksextremismus

Vorbemerkung

Die vorliegende Ausarbeitung versucht in groben Zügen einen einführenden Überblick zur Debatte über antisemitische Ausprägungen im linksextremistischen Umfeld zu bieten. Bewusst wird hierbei auf definitorische wie vergleichende Aspekte einer Diskussion verzichtet, die längst nicht mehr nur szeneeintern, sondern auch wissenschaftlich-publizistisch, sachlich wie polemisch geführt wird. Vielmehr soll stattdessen ein praxisnaher Bezug hergestellt werden, der sich überwiegend an der phänomenologischen Seite des Gegenstandes orientiert. Die Darstellung wurde auf wesentliche Fakten und eine Skizzierung der maßgeblich beteiligten Protagonisten beschränkt, so wie sie sich auch dem sicherheitsbehördlichen Umfeld in der Beschäftigung mit dem angesprochenen Themenkreis präsentieren.¹

¹ Die Literaturlage zum Thema erweist sich mittlerweile als ausgesprochen gut und vielschichtig. Neben der Masse von Veröffentlichungen aus dem linksextremistischen Umfeld hat die wissenschaftliche Fachliteratur in den letzten Jahren zahlreiche interessante Aufsätze, Sammelwerke und Monographien zum linken Antisemitismus

Chronologie des linksextremistischen Antisemitismus

Aus den Reihen von Wissenschaft und Publizistik wird seit Ende der neunziger Jahre wieder verstärkt auf einen angeblich „neuen“ Antisemitismus hingewiesen, der innerhalb linker und linksextremistischer Strömungen in der Bundesrepublik aufzutreten scheint. Dass dieses Phänomen nicht als wirklich „neuartige“ Erscheinung zu bezeichnen ist, belegt aber bereits ein Blick auf die historische Chronologie.

Die anfängliche Euphorie linker Kreise in Westdeutschland für den israelischen Staat nach 1948 kehrte sich mit dem Sieg Israels im Sechstagekrieg von 1967 radikal um. Fortan entwickelte sich eine vielfach unkritische, zum Teil äußerst idealistische Solidarität mit den Palästinensern und ihren politischen Repräsentanten. Farbschmierereien an jüdischen Gedenkstätten im No-

angeboten, die freilich in Qualität und Bewertung des Phänomenbereichs deutlich schwanken. Auf einen Überblick muss an dieser Stelle verzichtet werden. Als fachwissenschaftliche Publikationen der Verfassungsschutzbehörden und teilweise Grundlage dieser Ausarbeitung liegen in ausführlicher Form zum Thema vor: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Neuer Antisemitismus? Judenfeindschaft im politischen Extremismus und im öffentlichen Diskurs, Berlin 2006. Darin besonders: Stefan Kestler, Antisemitismus und das linksextremistische Spektrum in Deutschland nach 1945, S. 75-107. Des Weiteren: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme (=Texte zur Inneren Sicherheit), Berlin 2004. Allgemeiner: Verfassungsschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Zwischenbericht 2004. Entwicklungen und Analysen des Extremismus in Nordrhein-Westfalen

(www.im.nrw.de/verfassungsschutz). Ders., Online Handbuch Verfassungsschutz NRW (www.im.nrw.de/verfassungsschutz).

vember 1969 sowie die Deponierung einer Bombe im jüdischen Gemeindehaus in der Berliner Fasanenstraße waren ein weiterer Ausdruck dieser Entwicklung.

Es war Palästinenserführer Jassir Arafat und dem Jom-Kuppur-Krieg von 1973 zu verdanken, dass der sogenannte Antizionismus als politische Ideologie endgültig innerhalb der „antiimperialistischen“ Linken Fuß fassen konnte. Signifikant hierfür erscheint bis heute die Einstellung der terroristischen „Roten Armee Fraktion“ (RAF). Für diese verkörperte der jüdische Staat in Palästina einen „Moshe-Dayan-Faschismus“, maßgeblich gelenkt von einem Verteidigungsminister, der als „Himmler Israels“ diffamiert wurde.

Mit dem Erstarren autonomer Gruppen und der Anti-Atom-Bewegung wurde allmählich der offen vertretene Antizionismus innerhalb linksextremistischer Zusammenschlüsse in den Hintergrund gedrängt. Alles in allem beschränkten sich plakative Fälle eines antizionistisch bemäntelten Antisemitismus bis zum Jahr 1989 vorwiegend auf das Lager derjenigen Linksextremisten, die sich in dogmatischer Weise auf die unterschiedlichen Spielarten des Marxismus-Leninismus beriefen. In der Bundesrepublik waren dies vor der Wiedervereinigung antiimperialistische Palästina-Solidaritätsgruppen, da neben Terrorgruppen wie RAF, die „Bewegung 2. Juni“ und die „Revolutionären Zellen“, schließlich die meisten marxistisch-leninistischen Gruppierungen und deren Publikationsorgane.

Im Zuge des Golfkrieges von 1990/91 war es auf Antikriegsdemonstrationen deutscher Linker auch zu ver-

einzelnen Sympathieäußerungen für das Regime Saddam Husseins gekommen. Das zeitgleiche Auftreten sogenannter antideutscher Strukturen innerhalb des deutschen Linksextremismus markierte aber zugleich die Entstehung eines gegenwärtig breit wirksamen Protestpotentials gegen das politische Denken orthodoxer Zusammenschlüsse, der Antiimperialisten und Autonomen „klassischer“ Prägung.

Die seit den 1990er Jahren geführte Szenediskussion um einen vermeintlich akzeptierten linken Antisemitismus wird im wesentlichen von zwei Lagern innerhalb des Linksextremismus geführt, die es im Folgenden näher zu beschreiben gilt.

Antiimperialisten

Einen entwicklungsgeschichtlich langen Vorlauf können hierbei die antiimperialistischen Gruppen vorweisen.

Linksextremisten fast aller Richtungen erklären sich regelmäßig solidarisch mit diversen revolutionären Befreiungsbewegungen und dem Kampf von Gesinnungsgenossen in Ländern der Dritten Welt (Trikont). Dies geschieht praktisch durch Solidaritätserklärungen, Mitarbeit in Drittwelt-Arbeitsprojekten sowie durch Spendensammlungen und Demonstrationen. Dadurch wird auch Widerstand im eigenen Land geleistet, das gerne als kapitalistisch, neofaschistisch bzw. imperialistisch orientiert erscheint. Ein gängiges Grundmotiv antiimperialistischer Zusammenschlüsse ist die Gegnerschaft zu den USA – und damit auch zur Politik Israels im Nahen Osten. Das

traditionelle Verständnis linksextremistischer Antiimperialisten (bzw. Internationalisten) gründet sich auf die Imperialismustheorie Lenins und ihre späteren Fortschreibungen. Demnach neigen kapitalistisch verfasste Staaten wegen des in ihren Ökonomien angelegten Zwanges der stetigen Profitmaximierung zu einer aggressiv-imperialistischen Außenpolitik. Damit sollen sowohl kapitalistische Konkurrenten bekämpft, als auch neue Kolonien erschlossen werden, um sich deren Rohstoffvorkommen und Absatzmärkte zu sichern. Gruppen wie die „Antiimperialistische Koordination“ (AIK), der Duisburger „Initiativ e.V. – Verein für Demokratie und Kultur von unten“ oder die Trotzlisten (des inzwischen aufgelösten) „Linksdruck“ unterscheiden somit auch – für sie folgerichtig – zwischen „gerechten“ und „ungerechten“ Kriegen.

In erstere Kategorie fallen dabei

- Konflikte zur Verteidigung des Sozialismus gegen imperialistische „Aggressoren“,
- nationale Befreiungs- und Verteidigungskriege gegen imperialistische Fremdherrschaft, Kolonialismus und Neokolonialismus sowie
- der revolutionäre Bürgerkrieg gegen reaktionäre und konterrevolutionäre Kräfte.

Als ungerechte Auseinandersetzungen gelten dagegen

- Kriege imperialistischer Mächte gegen den Sozialismus,

- der konterrevolutionäre Bürgerkrieg gegen die sozialistische Arbeiter- und demokratische Volksbewegung,
- der beiderseits ungerechte Krieg zwischen imperialistischen Mächten sowie
- der „Kolonialkrieg“ imperialistischer bzw. reaktionärer Mächte gegen eine nationale Befreiungsbewegung.

Gemäß dieser Definition führt Israel in den Augen links-extremistischer Antiimperialisten im Nahen Osten mit Rückendeckung der US-Administration seit Jahrzehnten einen klar erkennbaren Kolonialkrieg gegen die sich verzweifelt wehrenden „Befreiungsbewegungen“ von PLO und Hamas. Das Israelbild vieler Antiimperialisten manifestiert sich, noch ganz im Sinne stalinistischer Machtpolitik der 1950er Jahre, in Synonymen wie „Speerspitze“ oder „Brückenkopf“ des Imperialismus, bzw. „Flugzeugträger“ oder „Erfüllungsgehilfe“ der USA. Im überlieferten Internationalismus-Verständnis wurde und wird die eindeutig pro-palästinensische Orientierung konsequent als Antizionismus titulierte. Ob dies allein deshalb geschieht, um den Verdacht eines unterschweligen Antisemitismus rhetorisch abwehren zu können, wird kontrovers diskutiert. Zionismus jedoch, so die übliche Begründung, sei eine nationalistische und in der Konsequenz zudem imperialistische Ideologie, weswegen der israelische Staat fraglos als „zionistisches Gebilde“ angesehen werden müsse. Damit entwickelte der von Links-extremisten vorgetragene Antizionismus eine ablehnende bis eliminatorische Haltung gegenüber Israel. Dessen Existenzberechtigung wurde immer wieder – ausdrücklich oder stillschweigend – bestritten. Ein solches Ver-

hältnis markiert aber gerade in herausragender Weise einen der entscheidenden Unterschiede zwischen legitimer Israel-Kritik und einem tatsächlich politisch motivierten Antisemitismus.

Signifikant war das Verhalten antiimperialistischer Gruppierungen zuletzt während des israelischen Angriffs auf den Libanon im Sommer 2006. Die traditionell pro-palästinensisch agierenden Antiimperialisten beteiligten sich offenkundig ausschließlich an solchen Anti-Krieg-Demonstrationen, die vom eigenen Lager oder arabischen Vereinen organisiert worden waren. So fand am 5. August 2006 in Berlin eine gemeinsame Demonstration deutscher und arabischer Gruppen statt, an der sich auch Angehörige linksextremistischer antiimperialistischer Zusammenschlüsse beteiligten. In diversen Aufrufen und Veröffentlichungen wurde zudem relativ einseitig das Verhalten Israels angeprangert, ohne zugleich die Aktionen der Hisb Allah kritisch zu hinterfragen. Vor allem Orthodox-kommunistische Strukturen warben mit zahlreichen Publikationen um Aufmerksamkeit, in denen vielfach von „israelischem Terror“ die Rede war.

Antideutsche

Antideutsche Gruppen setzen diesem Weltbild eine radikal konträre Ideologie entgegen. Diese, oft auch als „israel-solidarische Strömung“ bezeichnete Struktur in den Reihen linksextremistischer Aktivisten, nahm ihren Ausgangspunkt vor dem weltpolitischen Hintergrund der deutschen Wiedervereinigung. Sie geriert sich seither in unterschiedlicher Intensität und Erscheinungsform als

dezidiert philosemitische Bewegung und übt demzufolge bedingungs- und vorbehaltlose Solidarität mit dem Staat Israel und dem Judentum im Allgemeinen.

Auf der anderen Seite lehnt diese Spielart des Linksextremismus den deutschen Nationalstaat als angeblich unvermeidbar antisemitisches Phänomen kategorisch ab. Anarcho-kommunistisch strukturiert, erheben Antideutsche darüber hinaus seit Jahren beständig den Vorwurf eines weit verbreiteten und gemeinhin stillschweigend akzeptierten Antisemitismus innerhalb der deutschen Bevölkerung. Dazu heißt es beispielsweise in einer Sonderausgabe der Zeitschrift „konkret“:

„Der Haß ist alt. Daß er in seiner traditionellen Form, als Antisemitismus, nur selten und verdrückt sich äußert, hat nicht zuerst den einfachen Grund, daß die treusorgenden Herren Eltern den Gegenstand dieses Hasses nahezu vollständig beseitigt haben, was den Verzicht auf „Juden raus!“-Rufe natürlich erleichtert, sondern den noch einfacheren, daß die Brut sich nicht traut. Weil antisemitische Parolen das Ansehen der BRD in der Welt, das heißt vor allem: die Exportchancen, mindern würden, haben die staatstragende Klasse und ihre politischen Funktionäre dergleichen einfach verboten und Übertretungen mit spürbaren Sanktionen belegt“.²

Von Antideutschen wird die nationalsozialistische Judenvernichtung als eine Art „negativer Höhepunkt“ der deutschen Nationalgeschichte und ihrer Gesellschaft interpretiert, der innerhalb der eigenen Bevölkerung auch

² Hermann L. Graemliza, Krautland einig Vaterland (- konkret Sonderausgabe), Hamburg 1990, S. 14.

50 Jahre nach Kriegsende weiterhin den Wunsch nach persönlicher Entlastung von Schuld virulent erscheinen lässt. Die (wiederum antisemitisch konnotierte) Suche nach „jüdischen Tätern“ in der Perspektive einer „Täter-Opfer-Umkehr“ erscheint hierfür signifikant.

Antideutsche glauben, ganz im Sinne kommunistischer Vorstellungswelten, an eine „naturegegebene“ Verknüpfung von Antisemitismus und kapitalistischem System. Hiervon infiziert sehen sie aber selbst das linksextremistische, im Besonderen das antiimperialistische Lager, welches, nach antideutscher Lesart, vor allem hinter antizionistischen Parolen einen zielgerichteten Antisemitismus verbirgt. Antiimperialismus wird strukturell als eine linke Spielart des Antisemitismus interpretiert. Gerade die antiimperialistische Fokussierung auf den Nahost-Konflikt und die stetige Betonung, dass Israel im Grunde ein imperialistischer Staat mit rassistischem Weltbild und einen Apartheidsregime sei, das durchaus faschistoide Züge beinhalte, macht für die Masse der unreflektierten Israelsolidarität deutlich, dass zwischen antizionistischen und antisemitischen Äußerungen kein grundsätzlicher Unterschied besteht.

Ebenso wie den übrigen Teilen der deutschen Gesellschaft unterstellen sie daher orthodoxen Linken einen bisweilen „blindwütigen“ und vor allem bewusst zielgerichteten Antisemitismus, der sich – gekoppelt mit anti-amerikanischen Tendenzen – nicht allein im Kontakt zu palästinensischen „Widerstandskämpfern“ manifestiert. Im Focus israelsolidarischer Proteste stehen seit langem auch propalästinensisch motivierte Boykottaufrufe gegen israelische Waren sowie die so genannte verkürzte Kapi-

talismuskritik zahlreicher antifaschistischer Zusammenschlüsse und insbesondere der Globalisierungsgegner. So erhoben Antideutsche beispielsweise massive Antisemitismusvorwürfe gegenüber dem Netzwerk „Attac“ dessen Arbeitsgemeinschaft „Globalisierung und Krieg“ Kritik an Israel übte und durch eine „verkürzte Kapitalismuskritik“ mutmaßlich Parallelen zu ähnlichen Argumentationsmustern in der Zeit des Nationalsozialismus aufwies.

Die beschriebenen Vorwürfe bedingten für die antideutsche Seite in letzter Konsequenz den Bruch mit althergebrachten linksextremistischen Traditionen: Israelsolidarische Gruppen führen bei öffentlichen Auftritten US-amerikanische und israelische Flaggen mit sich. Sie unterstützen teilweise unverhohlen US-Präsident Bush und den Kapitalismus spezifisch nordamerikanischer Prägung ebenso wie die politischen „Falken“ in Israels Regierung und die militärischen Aktionen der Esraelian Defence Forces (IDF). Der Krieg im Irak wird ebenfalls (zumindest von Teilen der Antideutschen) als Kampf gegen antiisraelische (und somit antisemitistische Kräfte) im arabisch-islamischen Raum befürwortet. Die Zeitschrift „Bahamas“, durchaus der Hardliner-Fraktion der Antideutschen zuzurechnen, propagierte in diesem Zusammenhang gar die Genese eines „Islamfaschismus“; ein Terminus, der sich mittlerweile als Kampfbegriff fest etabliert hat.

Israelsolidarische Gruppen betrachten die Gründung des israelischen Staates nach wie vor als direkte Konsequenz des Holocaust. Für sie gilt es, Israels Existenzberechtigung – gerade als Linksextremisten inmitten des deutschen „Tätervolkes“ vorbehaltlos zu schützen, um so

den weltweit einzigen „echten“ Zufluchtsort der Juden vor antisemitischen Ausschreitungen zu erhalten. Für antideutsche Zusammenschlüsse gilt heute somit die uneingeschränkte Solidarität mit Israel als markante und offen erkennbare Trennlinie, um szeneeintern Antisemiten von Philosemiten zu unterscheiden.

Abschließende Bewertung

Während Antiimperialisten auf eine jahrzehntelange Entwicklungsgeschichte ihrer weltanschaulichen Grundlagen zurückblicken können, handelt es sich bei dem relativ jungen Extremismusbereich der Antideutschen zwar im Kern um eine antifaschistische Strömung, diese weist jedoch eine Vielzahl ideologischer wie politischer Widersprüchlichkeiten auf. Bemerkenswert erscheint dabei insbesondere, dass Antideutsche für sich zentrale Bezugspunkte linksextremistischen Denkens außer Kraft gesetzt haben. Obwohl gegen das scheinbar imperialistische Großmachtgebahren Deutschlands protestiert wird, werden gleichzeitig die Vereinigten Staaten von Amerika und damit der „imperialistische Inbegriff der linken Szene schlechthin“ protegiert. Obgleich der deutsche Nationalstaat ebenso wie die europäische Einigung abgelehnt werden, schmücken sich Antideutsche auf Veranstaltungen mit den Nationalflaggen der USA, Israels und weiterer Nationen.

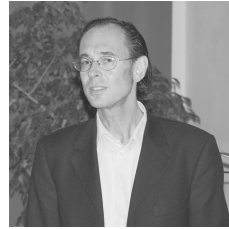
Die Beschäftigung mit dem Phänomenbereich Antisemitismus ist im linksextremistischen Umfeld nach wie vor verbreitet. Als direkte Konsequenz aus dem provokanten Auftreten vieler Antideutscher kam es in den Reihen des

deutschen Linksextremismus nicht selten zu polemisch ausgetragenen Diskussionen, öffentlichen Anfeindungen und einem Meinungsaustrausch, der sogar vor Handgreiflichkeiten und Gewaltakten nicht zurückschreckt. Nicht allein eine partielle Orientierungslosigkeit sondern auch Gruppenauflösungen wie -spaltungen dokumentieren bis zum heutigen Tag die Verunsicherung und das Unbehagen, welches die von Antideutschen losgetretene Antisemitismuskussion unter Extremisten hervorgerufen hat. Bewusst und offen vorgetragener Antisemitismus beleibt indessen eine Erscheinung, die dem politischen Selbstverständnis von Linksextremisten grundsätzlich entgegensteht. Ihr wirken innerhalb der Szene starke Kräfte der Ablehnung und Selbstreinigung bzw. Isolierung entgegen. Ein durch- und übergreifender antisemitischer Trend im Linksextremismus erscheint daher aus der täglichen Praxis der Sicherheitsbehörden heraus aktuell nach wie vor nicht belegbar.

Über den Autor:

Stefan Kestler, Jahrgang 1962, 1982–87 Studium der Geschichte und Denkmalpflege, 1993 Promotion, 2000 Anerkennung als Dozent für neuzeitliche und zeitgenössische Geschichte, 2004–2006 in leitender Funktion beim Bundesamt für Verfassungsschutz, Abteilung Linksextremismus beschäftigt, seit 2007 bei der EU in Brüssel tätig.

Prof. Dr. Andreas Zick



Antisemitismus in der Mitte – Ergebnisse der Studie „Gruppenbezo- gene Menschenfeindlichkeit“

Menschenfeindliche Vorurteile, wie sie der Antisemitismus ausdrückt, geben Auskunft über den Zustand der Zivilgesellschaft. Umso erfreulicher erscheinen auf den ersten Blick jüngste Entwicklungen in Deutschland. Der Survey „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“¹ weist aus, dass nur noch 6,7 % der unter 30-Jährigen im Jahr 2006 der Aussage zustimmten: „Juden haben zu viel Einfluss“, und nur 6,1 % warfen Juden vor, „durch ihr Verhalten [...] an ihren Verfolgungen mitschuldig“ zu sein. Beide Aussagen wurden in vielen Studien als traditioneller Ausdruck des Antisemitismus identifiziert. Unter den über 60-Jährigen konstatierten noch rund 18 % zu viel Einfluss, und 13,6 % machten Juden den Vorwurf der Mitschuld. Die Meinung der Jüngeren lässt auf das Verschwinden antisemitischer Einstellungen hoffen – aber solche positiven Meldungen blenden. Allein in Bezug auf diesen Altersunterschied wird übersehen, dass die Älteren ihre Vorurteile an die Jüngeren weitergeben und kraft ihres Status gesellschaftliche Werte und Ideo-

¹ Der Survey wird von Prof. Wilhelm Heitmeyer, Universität Bielefeld, geleitet und von der Volkswagen Stiftung, Freudenberg Stiftung und Möllgaard Stiftung gefördert. Jährliche Berichte erscheinen in der Reihe „Deutsche Zustände“ im Suhrkamp Verlag.

logien stärker bestimmen, als Jüngere das vermögen. Die Forschung zeigt zudem, dass sich der Antisemitismus immer wieder entfalten kann, indem er in neue Gewänder gekleidet wird. Im sekundären Antisemitismus wird etwa der Holocaust dazu missbraucht. In der Umfrage stimmte rund ein Drittel der Jüngeren (33,8 % der unter 30-Jährigen) der Unterstellung zu, dass Juden versuchen, Vorteile aus der Vergangenheit zu ziehen. Unter den über 60-Jährigen meinte dies fast die Hälfte (46,4 %). Sechzig Jahre nach Kriegsende werden vor allem Forderungen nach einem Schlussstrich laut; dies wird deutlich in der geringen Bereitschaft, sich weiter mit der Vergangenheit auseinander zu setzen. Die Mehrheit der Jüngeren (62 %) und Älteren (59 %) äußerte 2006 Ärger darüber, „dass den Deutschen auch heute noch die Verbrechen an den Juden vorgehalten werden.“ Mit dem Aufleben des Israel-Palästina-Konflikts hat der Antisemitismus eine weitere Ausdrucksform gefunden. Versteckt in einer scheinbar neutralen Kritik an Israel, die nicht zuletzt unterstützt wird durch Medienberichte,² werden antisemitische Vorurteile transportiert. Die Hälfte der unter 30-Jährigen (im Vergleich zu 35,8 % der über 60-Jährigen) war 2006 der Ansicht: „Israel führt einen *Vernichtungskrieg* gegen die Palästinenser“, und setzte damit die Handlungen Israels mit den Verbrechen der Nationalsozialisten gleich.

Einstellungen müssen nicht zu Handlungen führen, aber sie können sie nahelegen oder legitimieren. Nach Beobachtung von *Human Rights First* ist die Zahl antisemitischer Straftaten in Europa in den vergangenen Jahren

² Vgl. Siegfried Jäger/Margarethe Jäger, Medienbild Israel. Zwischen Solidarität und Antisemitismus, in: Medien: Forschung und Wissenschaft, Bd. 3, Münster 2003.

deutlich gestiegen.³ Zunehmend sind junge Menschen nicht nur Angreifer, sondern auch Opfer – zum Beispiel von Anschlägen auf jüdische Kindergärten und Schulen.

Für Deutschland weist der jüngste Verfassungsschutzbericht einen Anstieg politisch rechts motivierter Straftaten mit extremistischem Hintergrund um 14,6 % auf 17.597 aus, darunter – mit einem Anstieg von 9,3 % – über 1.000 Gewalttaten.⁴ Auch wenn Straftaten mit antisemitischem Hintergrund um 1,3 % auf 1.636 Straftaten leicht zurückgegangen sind, alarmieren die Zahlen, denn zugleich ist das rechtsextreme Potenzial deutlich gestiegen, und die NPD hat an Bedeutung gewonnen. Der Antisemitismus dient dabei laut Verfassungsschutzbericht als Bindeglied zwischen rechtsextremen Strömungen. Er bediene sich zunehmend neben offener Hetze subtilen Diffamierungen, die an Einstellungspotenziale in der Bevölkerung anknüpften. Dazu gehören sowohl beiläufige Verweise auf die jüdische Herkunft öffentlicher Personen als auch antisemitische Stereotypen oder Verschwörungstheorien. Ebenso lassen sich Facetten des Antisemitismus hinzurechnen, die über den Umweg einer Kritik an Israel kommuniziert werden, sowie Formen, die mit der Unterstellung von Vorteilsnahme aus dem Holocaust verbunden werden und mit einer Täter-Opfer-Umkehr operieren.

³ Vgl. Michael McClintock/Judith Sunderland, Antisemitismus in Europa: Eine Kampfansage an die offizielle Gleichgültigkeit, New York 2004;

<http://www.humanrightsfirst.org/discrimination/antisemitism/GR-Antisem-II-web.pdf>.

⁴ Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2006, Vorabfassung, 2007.

Straf- und Gewalttaten sind die extremste Ausdrucksform. Die Taten geschehen vor dem Hintergrund antisemitischer Propaganda, in regelmäßigen Abständen angeheizt von politischen Eliten und Gruppen, wie etwa den Abgeordneten der NPD im Sächsischen Landtag. Auch revisionistische Versuchungen, wie jüngst wieder der „Fall Oettinger“ zeigte, können als Tabubrüche antisemitische Einstellungen beflügeln. Auch wenn Einstellungen nicht unmittelbar und zwangsläufig zu antisemitischen Handlungen führen, machen sich Täter nicht selten zu Advokaten der öffentlichen Meinung.⁵

Facetten des Antisemitismus als legitimierende Mythen

Die Theorie der Sozialen Dominanz von Jim Sidanius und Felicia Pratto legt nahe, Ideologien und Glaubensgrundsätze, wie sie unter anderem Vorurteile darstellen, als legitimierende Mythen zu verstehen.⁶ Sie helfen, bestehende oder angestrebte Hierarchien zwischen gesellschaftlichen Gruppen moralisch und intellektuell zu rechtfertigen. Die Legitimierung der Ungleichwertigkeit von Gruppen befördert Diskriminierung, Abwertung, Ausgrenzung, Verfolgung, Gewalt oder sogar Ethnozid. Als Mythen bieten Vorurteile kollektives Wissen zur

⁵ Vgl. Klaus Wahl (Hrsg.), *Skinheads, Neonazis, Mitläufer: Täterstudien und Prävention*, Opladen 2003.

⁶ Vgl. Jim Sidanius/Felicia Pratto, *Social Dominance*, New York 1999. Zum Überblick vgl. auch: Andreas Zick/Beate Küpper, *Soziale Dominanz*, in: Dieter Frey/Hans-Werner Bierhoff (Hrsg.), *Handbuch Sozialpsychologie und Kommunikationspsychologie*, Göttingen 2006.

Erklärung alltäglicher Phänomene und gesellschaftspolitischer Ereignisse, gerade in Umbruchszeiten. Gruppenbasierte Hierarchien finden sich kulturübergreifend entlang Alters- und Geschlechtskategorien sowie kulturell willkürlichen Kategorien, wie sie durch Bildung, Ethnie oder Religionszugehörigkeit definiert werden. Die Beschreibung von Vorurteilen als legitimierende Mythen öffnet den Blick für ihre Funktion im Wettbewerb um den Status von Gruppen und für ihre Konstruktion als tief im kollektiven Gedächtnis verankerte Überzeugungen.

Der Antisemitismus ist ein legitimierender Mythos par excellence. Über die Jahrhunderte ist er in einem dem Zeitgeist angepassten Gewand erschienen, in seinen Elementen und Botschaften jedoch gleich geblieben. Wie andere Vorurteile auch bezieht der Antisemitismus sich nicht auf einzelne, sondern auf die Gesamtheit der Juden als Gruppe. Auch hier finden sich religiöse („Christus- und Gottesmörder“, weltliche („Wucherjude“), politische („jüdische Weltverschwörung“) und rassistische Begründungen (Charakter, Aussehen). Seine Kraft als legitimierender Mythos erhält der Antisemitismus jedoch aus kollektivem Wissen; dieses ermöglicht es, ältere Schichten der Judenfeindschaft durch neuere zu überlagern und sie damit jederzeit zu reaktivieren.⁷ Wir schlagen vor, neuere Formen des Antisemitismus als transformierte Facetten zu verstehen, in denen uralte Stereotype fortleben und weitergetragen werden.⁸ Durch die in ihrer Transformati-

⁷ Vgl. Werner Bergmann, Antisemitismus, in: Information zur politischen Bildung, Heft 271, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2001.

⁸ Vgl. Andreas Zick/Beate Küpper, Transformed anti-Semitism –

on verklausulierte Form lässt sich die Ächtung des Antisemitismus geschickt umgehen. Resümiert man empirische Studien, dann lassen sich u. E. folgende Facetten des Antisemitismus finden:

- Ein *traditioneller Antisemitismus* zeigt sich im Zuspriech zum Mythos vom jüdischen Einfluss. Hier zeigt sich ein Konspirationsmythos, der von der klassischen Variante des unterstellten überzogenen Einflusses in Wirtschaft und Politik über die spezifische Variante des Einflusses von amerikanischen Juden der "Ostküste" auf die Nahostpolitik bis hin zum Gerücht einer Mitwirkung des israelischen Geheimdienstes Mossad an „9/11“ reicht. Hier findet sich auch das Stereotyp der Verschlagenheit und Hinterhältigkeit.
- Die Unterstellung von *Separation und mangelnder Loyalität* äußert sich im Mythos einer stärkeren Verbundenheit der Juden mit Israel als mit dem jeweiligen Heimatland. Darin findet sich auch das Stereotyp jüdischer Bande und der „Fremdartigkeit“ der Juden; sie seien anders, merkwürdig, oder hätten sonstige abweichende Gewohnheiten.
- Die *Forderung nach einem Schlussstrich* unter die Vergangenheit drückt sich indirekt im Unwillen aus, immer wieder von den deutschen Verbrechen an den Juden zu hören oder sich damit auseinanderzusetzen.

a report on anti-Semitism in Germany, in: Journal für Konflikt- und Gewaltforschung, 7, 2005, S. 50–92.

- Ein *Schuldvorwurf* in seiner heutigen Form wird deutlich in der tief in die antisemitische Argumentation verstrickten Unterstellung, Juden seien durch ihr Verhalten an ihrer Verfolgung mitschuldig. Er findet sich historisch in der Beschuldigung am Tod Christi, dem Gerücht der Brunnenvergiftung im Mittelalter oder dem gegenwärtigen Vorwurf des Genozids an den Palästinensern. Der sekundär antisemitische Vorwurf der *Vorteilsnahme aus dem Holocaust* bringt eine Umkehr von Opfern und Tätern. Dabei findet sich der Topos der Schuld in fast allen Facetten.

Für aufgeregte Debatten sorgt jener Antisemitismus, der über den Umweg einer Kritik an der Politik des Staates Israel kommuniziert wird. Nach Heyder/Iser/Schmidt sind zwei Facetten zu unterscheiden:⁹

- *Israelbezogener Antisemitismus*, der antisemitische Stereotype auf den israelischen Staat überträgt, das Handeln des israelischen Staates gewissermaßen als Beweis für den „schlechten Charakter“ der Juden zitiert. Hierzu zählt eine Ablehnung von Juden, die durch die israelische Politik legitimiert wird, die israelische Politik als jüdische Politik versteht und damit Juden kollektiv für das Handeln Israels verantwortlich macht.
- Damit verwandt ist eine *Israelkritik*, die mit *NS-Vergleichen* und *-Assoziationen* operiert, die also historische Vergleiche der israelischen Politik gegenüber

⁹ Vgl. Aribert Heyder/Julia Iser/Peter Schmidt, Israelkritik oder Antisemitismus?, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände, Folge 3, Frankfurt/M. 2005.

den Palästinensern mit der Verfolgung von Juden im Nationalsozialismus zieht oder Israel mit doppeltem Standard beurteilt, d. h. Handlungen scharf verurteilt, die in anderen Ländern stillschweigend geduldet werden.

Gerade ein Antisemitismus, der über den Umweg der Kritik an Israel kommuniziert wird, zeigt die Legitimationsdynamik des Vorurteils. Über diesen Umweg lassen sich Mythen von Konspiration, Verrat und Weltherrschaftsstreben untabuisiert äußern. Das kann erstens zu einer Täter-Oper-Umkehr führen, die sich auch in der Medienberichterstattung wiederfindet.¹⁰ Zweitens wird die Politik Israels als Transportmittel für antisemitische Stereotype verwendet. Sie wird als „jüdisches Handeln“ markiert, und dessen negative Bewertung wird für die Gesamtheit der Juden generalisiert. Das wird zugleich als ideologischer Beleg dafür zitiert, dass in jedem Vorurteil ein Körnchen Wahrheit steckt, was auch bei anderen Vorurteilen wie etwa der Islamfeindlichkeit ins Feld geführt wird. Der Vorwurf, jegliche Kritik an Israel würde gleich als antisemitisch gebrandmarkt, ist dabei eine dritte Variante. Schließlich bietet die Positionierung hinter den scheinbar Schwächeren – in dem Falle den Palästinensern – eine Legitimation der Integrität des Selbstverständnisses.

Dabei variiert die Bedeutung der Facetten nicht nur über die Zeit, sondern auch kulturell. Anders als im übrigen Europa ist in Deutschland die Forderung nach einem Schlussstrich unter die Vergangenheit ein wichtiges

¹⁰ Vgl. S. Jäger/M. Jäger (Anm. 2).

Thema. Zudem schwankt die Sensibilität gegenüber antisemitischen Aussagen erheblich.

Antisemitismus im Bild von Meinungsumfragen

Seit der Eskalation des Palästina-Konflikts im Jahr 2000 sind eine Reihe von Umfragen durchgeführt worden. Eine systematische Beobachtung und Analyse unterschiedlicher Facetten des Antisemitismus, die einen direkten europäischen Vergleich auf Basis der gleichen Datengrundlage ermöglicht, fehlt bislang.¹¹

In Deutschland werden seit 2002 Ausmaß und Entwicklung antisemitischer Einstellungen vom Projekt „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ (GMF) beobachtet.¹² Grundlage sind jährliche, repräsentative Erhebungen mit 2000 bis 3000 Befragten. Im Erhebungsjahr 2004 war der Antisemitismus ein Schwerpunkt. Hier wird Antisemitismus als ein Element eines Syndroms Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit verstanden, dessen Kern eine Ideologie der Ungleichwertigkeit ist, die Vorurteile gegen unterschiedliche Gruppen prägt. Empirisch lässt sich diese Annahme bestätigen und eine enge Beziehung des Antisemitismus zu Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Islamphobie, in geringerem Ausmaß auch zu Sexismus, zur Abwertung von behinderten, obdachlosen und homosexuellen Menschen sowie einer generellen

¹¹ Vgl. den deskriptiven Bericht: Werner Bergmann, Antisemitic attitudes in Europe in a comparative perspective, in: Journal of Social Issues, Spezial issue Prejudice and discrimination in Europe ed. by Andreas Zick/Thomas Pettigrew/Ulrich Wagner (i. E.).

¹² Vgl. Anm. 1.

Abwertung von Außenseitern nachweisen.¹³ Auch wenn im Einzelfall antisemitische Einstellungen singulär sind, sind sie in der Regel von Vorurteilen gegenüber anderen Gruppen begleitet.

Europäische Vergleiche lassen sich durch eine Voruntersuchung eines GMF-Projektes mit 150 Befragten in neun europäischen Ländern ziehen, die im Herbst 2006 durchgeführt wurde, sowie durch eine repräsentative Schweizer Studie, die unter Leitung von Sandro Cattacin (Universität Genf) durchgeführt wurde.¹⁴ Im Folgenden werden auf der Grundlage dieser Studien die Facetten des Antisemitismus näher betrachtet.

Traditioneller Antisemitismus: Jüdischer Einfluss und Schuldvorwurf

Im Frühsommer 2006 stimmten 14,1 % der Befragten in Deutschland der traditionell antisemitischen Aussage: „Juden haben zu viel Einfluss“ voll und ganz bzw. eher zu (GMF-Survey 2006).¹⁵ Jeder zehnte Befragte warf

¹³ Vgl. Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände, Folge 1, Frankfurt/M. 2002; Andreas Zick/Carina Wolf/Beate Küpper/Eldad Davidov/Peter Schmidt/Wilhelm Heitmeyer, The syndrome of Group-focused Enmity: The interrelation of prejudices tested with multiple cross-sectional and panel data, in: Journal of Social Issues (in Begutachtung).

¹⁴ Vgl. Sandro Cattacin/Brigitta Gerber/Massimo Sardi/Robert Wegener, Monitoring, misanthropy and rightwing extremist attitudes in Switzerland. An explorative study. Research report – PNR 40+, Université de Genève, Département de sociologie, Genf 2005.

¹⁵ Alle Prozentangaben beziehen sich im Folgenden auf die Zusammenfassung dieser beiden Antwortkategorien einer 4-stufigen Skala.

Juden eine Mitschuld an ihrer Verfolgung während des Nationalsozialismus vor. Dies war im Vergleich zu 2002 ein deutlicher Rückgang. Vier Jahre zuvor hatte noch rund ein Fünftel der Befragten (21,7 %) der Behauptung eines zu großen Einflusses von Juden zugestimmt. Der Rückgang war allerdings nicht von langer Dauer. Mit dem Libanonkrieg im Sommer 2006 erreichten die Werte altes Niveau, wie eine Nacherhebung im August 2006 – also unmittelbar nach dem zweiten Libanonkrieg – zeigt. Nun sah wieder jeder Fünfte (21,1 %) einen zu großen Einfluss von Juden und machte Juden mitverantwortlich an der eigenen Verfolgung (19,4 %). Damit lässt sich zwar die Befürchtung, der Antisemitismus sei in den letzten Jahren signifikant angestiegen, empirisch nicht bestätigen, aber doch die Fragilität scheinbar positiver Entwicklungen belegen. Im europäischen Vergleich liegt Deutschland im Mittelfeld. Nach der ADL-Studie 2002 in zehn europäischen Ländern befanden 32 % der deutschen Befragten es als "vermutlich wahr" dass Juden „zu viel Einfluss in der Geschäftswelt“ haben.¹⁶

Die Zustimmung zum traditionellen Antisemitismus nahm in den von der ADL beobachteten Ländern ab, wenngleich unterschiedlich stark und insgesamt auf hohem Niveau.

Separation und mangelnde Loyalität

Im Durchschnitt sind 42 % der Befragten in den von der ADL im Jahr 2005 untersuchten Ländern und über die

¹⁶ Anti-Defamation League (ADL), European attitudes toward Jews, Israel and the Palestinian-Israeli conflict, New York, June 27 2002.

Hälfte der deutschen Befragten der Ansicht, dass Juden loyaler gegenüber Israel als gegenüber dem jeweiligen Erhebungsland seien. Die Kategorisierung von Juden als Fremde unterstreichen Ergebnisse des GMF-Survey. In 2004 unterstellten 55,5 % der Befragten: „Die deutschen Juden fühlen sich stärker mit Israel als mit Deutschland verbunden“. Dafür spricht auch der Zusammenhang von antisemitischen Einstellungen und Fremdenfeindlichkeit sowie der Abwertung von Außenseitern. Im Frühjahr und Sommer 2006 stieg das Niveau fast wieder auf das Ausgangsniveau des Jahres 2002.

Die Forderung nach einem Schlussstrich

Ungeachtet der Anstrengungen um eine Erinnerungskultur und historische Aufarbeitung forderten viele Deutsche (61,9 %) im Frühsommer 2006 einen Schlussstrich unter die Vergangenheit, indem sie der Aussage zustimmten: „Ich ärgere mich darüber, dass den Deutschen auch heute noch die Verbrechen an den Juden vorgehalten werden“(GMF-Survey). Im Vergleich zur Erfassung dieser Facette 2003, bei der noch 69,9 % zustimmten, ist dies ein leichter Rückgang.

Vorteilsnahme und Schuldumkehr

Ebenfalls rückläufig, aber weit verbreitet war in Deutschland mit 41,5 % im Jahr 2006 (51,8 % 2002) die Zustimmung zu dem Vorwurf: „Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen“ (GMF-Survey). Die Bedeutung der

Schuldabwehr und -umkehr, die sich in etlichen Facetten spiegelt, findet ganz unmittelbare Bestärkung: 24 % der Befragten des GMF-Survey 2005 stimmten der Aussage zu: „Juden sind selbst schuld, wenn man etwas gegen sie hat.“ Diese Selbstentlastung, die sich auch in Bezug auf andere Adressaten von Vorurteilen findet, dient der Immunisierung eigener Vorteile gegen mögliche Kritik und unterläuft die öffentliche Ächtung.¹⁷

Antisemitismus über den Umweg einer Kritik an Israel

In der GMF-Umfrage 2004 wurden erstmals Facetten des Antisemitismus erfasst, die über den Umweg der Kritik an Israel zum Ausdruck kommen. Fast 32 % der Befragten verbanden Juden mit Israel und stimmten der Aussage zu: „Durch die israelische Politik werden mir die Juden immer unsympathischer.“ 44,4 % meinten: „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat.“ Noch höher ist die Zustimmung zu einer Kritik an Israel, die mit NS-Vergleichen operiert. 68,4 % der Befragten stimmten 2004 der Aussage eher oder sogar voll und ganz zu, dass Israel einen „Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser“ führt, und 51,2 % der Befragten meinten: „Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip auch nichts anderes als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben.“

¹⁷ Vgl. Andreas Zick/Beate Küpper, „Die sind doch selbst schuld, wenn man was gegen sie hat“ – oder wie man sich seiner Vorurteile entledigt, in: W. Heitmeyer (Anm. 9).

Eine des Antisemitismus unverdächtige Kritik an Israel ist möglich, aber selten. Nur 10 % der Befragten, die im GMF-Survey 2004 eine Kritik an Israel ohne antisemitische Anleihen äußerten, signalisierten keine Zustimmung zu mindestens einer weiteren Facette des Antisemitismus. Die Mehrheit dieser Befragten kritisierte ebenso die palästinensischen Angriffe auf Israel und wendete sich generell gegen Gewalt als Mittel der Konfliktlösung. Ihre politische Position markieren sie eher als „links“ oder „Mitte“, sie sind besser gebildet als der Durchschnitt, weniger nationalistisch und autoritär gestimmt und erweisen sich auch gegenüber anderen Gruppen als toleranter.

Verankerungen in der Mitte

Der Antisemitismus ist nicht in allen Bevölkerungsgruppen gleichermaßen ausgeprägt. Ältere und bildungsschwächere Gruppen etwa neigen eher zur Zustimmung fast aller Facetten. Eine wesentliche Frage ist, ob Gesellschaften hinreichend demokratisches Kapital aufweisen, dem zu begegnen. Daher drängt sich die Frage auf, wie stark der Antisemitismus in der politischen Mitte verhaftet ist, zu der sich die Mehrheit rechnet. Empirisch zeigen die GMF-Surveys, dass mit der politischen Orientierung von links nach rechts antisemitische und andere menschenfeindliche Einstellungen stetig zunehmen.

18

¹⁸ Vgl. Andreas Zick/Beate Küpper, Politische Mitte. Normal feindselig, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände, Folge 4, Frankfurt/M. 2006.

Dies bedeutet, dass ein „linker Antisemitismus“ in der Umfrage nicht auffällt, die Mitte keineswegs frei von Antisemitismus ist und Befragte, die sich eher rechts oder rechts einordnen, fast allen Facetten stärker zustimmen. Dies gilt auch für die antisemitische Israelkritik, bei der sich die Meinung der Mitte und des linken Spektrums nicht unterscheiden. Gerade bei der Forderung nach einem Schlussstrich und der Unterstellung der Vorteilsnahme ähneln die Meinungen jener, die sich politisch „genau in der Mitte“ – so der Wortlaut in der Umfrage – verorten, eher jenen, die sich rechts verorten. Häufiger als Befragte des linken Spektrums greifen Befragte der Mitte zum Mittel der Schuldumkehr, erfasst durch die Aussage: „Juden sind selbst schuld, wenn man was gegen sie hat“, um ihre eigenen Ansichten zu rechtfertigen. Zur Legitimierung dient der Mitte auch der Verweis auf die eigene Normalität, der sich z. B. in der Auffassung ausdrückt, dass man „denkt wie die meisten Menschen“ und lebt, „wie es üblich und richtig ist“. Wer dieser Ansicht ist, äußert eher antisemitische Einstellungen (GMF-Survey 2006). Die politische Mitte – dies teilt sie mit jenen, die sich eher rechts verorten – verweist am stärksten auf die Normalität.

Ein anderes Bild stellt sich in Bezug auf die politische Orientierung dar, die durch jene Parteipräferenz markiert wird, die aus der Sonntagsfrage abgeleitet wird. Im Jahr 2006 vermuteten Wähler von CDU/CSU ebenso wie Nicht-Wähler mehr als alle anderen einen zu großen Einfluss von Juden; das war 2004 ähnlich. Beide Wählergruppen haben mit den Wählern von PDS/Linkspartei gemein, Juden besonders häufig eine Mitschuld an der

Verfolgung zuzuweisen.¹⁹ Ebenso machen diese Wählergruppen sowie Wähler der FDP häufiger als Wähler von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Juden den Vorwurf, Vorteile aus der Vergangenheit zu ziehen. Zudem äußern sie mehr Ärger darüber, sich weiter mit der Vergangenheit auseinander setzen zu sollen. Potenzielle Wähler von PDS/Linkspartei fallen darüber hinaus durch die hohe Zustimmung zur antisemitischen und NS-vergleichenden Israelkritik auf.

Der europäische Vergleich zeigt, dass die Zunahme antisemitischer Einstellungen mit einer politischen Orientierung nach rechts vor allem in Deutschland zu Tage tritt (GMF-Europa Studie 2005).

Nachbetrachtung

Antisemitische Einstellungen sind nach wie vor weit verbreitet. Dies gilt für fast alle europäischen Länder, aber gerade für Deutschland, obgleich hier der Kampf gegen den Antisemitismus institutionalisiert und die öffentliche Ächtung besonders vehement sein sollte.

Die Antinormative Kraft des Antisemitismus wird durch drei wesentliche Merkmale verstärkt. Es zeigt sich in vielen Facetten, er ist eingebettet in ein Syndrom der Abwertung schwacher Gruppen, und er ist stark in der Mitte der Gesellschaft verhaftet. Umfragen wie jene, die

¹⁹ Verglichen wurde die Präferenz für die fünf großen Parteien und Nicht-Wähler; eine Berücksichtigung von Wählern rechter Parteien ist aufgrund der geringen Nennung nicht möglich.

hier berichtet wurden, zeigen nur einen Ausschnitt der Mentalitäten, aber sie sind wichtige Seismographen. Die Einstellungsmuster machen deutlich, dass es illusorisch, ja irreführend ist zu meinen, dass antisemitische Mythen je völlig verschwinden werden. Den Antisemitismus mit wachem Blick immer wieder von neuem zu lesen und so seine legitimierende Funktion zu erkennen, ist die kontinuierliche und mühevoll Aufgabe einer demokratischen Werteerziehung, deren Grundlage die Gleichwertigkeit von Gruppen ist.

Über den Autor:

Andreas Zick, Jahrgang 1962, Professor für Sozialisierung und Konfliktforschung an der Universität Bielefeld, Leiter des Projekts „Group-Focused Enmity in Europe“, 1996 Promotion an der Phillips-Universität Marburg, Fakultät für Sozialpsychologie, davor Studium der Psychologie in Bochum, zahlreiche Veröffentlichungen u. a. zu Antisemitismus, Rassismus, Vorurteilen und sozialer Diskriminierung.

Herausgeber

Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz
Haarbergstraße 61
99097 Erfurt

Tel.: 0361/4406-0

Fax: 0361/4406-251

<http://www.verfassungsschutz.thueringen.de>

e-mail: kontakt@tlfv.thueringen.de

Erfurt 2009

Herstellung

Druckerei - Justizvollzugsanstalt Hohenleuben